

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
26 1/4 Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von P. Kirchner,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Creu-
schen Buchhandlung, Brei-
weg No. 156.

Sächsisch
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 74.

Halle, Donnerstag den 29. März
Hierzu eine Beilage.

1849.

Blumen-, Frucht- und Dornenstücke aus den preussischen Kammern.

Halle, d. 27. März. Die preussische Nationalversamm-
lung des vorigen Jahres hatte sich die Aufgabe gestellt, alle
Privilegien und Vorrechte aufzuheben. Ehe sie aber zur Auf-
hebung kam, worin sie sich, wie wir gesehen haben, nicht eben
sehr beeilt hat, vermehrte sie die Zahl der alten Vorrechte durch
neue. Dieses neue Privilegium trat unter dem Namen der
Portofreiheit für die Abgeordneten auf. Was es damit für
eine Bewandniß hat, darüber giebt ein Bericht Aufschluß, den
der Handelsminister von der Heydt am 10. März in der ersten
Kammer abstattete, und worin derselbe erklärte, daß die Regie-
rung den Abgeordneten die Portofreiheit nicht in dem schran-
kenlosen Umfange, wie im vorigen Jahre, gewähren könne.
„Die Erfahrung“, sagt der Handelsminister, „hat ergeben, daß
die Bewilligung der (schrankenlosen) Portofreiheit an die Ab-
geordneten der Versammlung in Berlin zu großen Mißbräu-
chen geführt hat und mit wesentlichem Nachtheil verbunden
war. Zunächst erwies sich eine Kontrolle darüber, ob die mit
dem Namen eines Abgeordneten auf dem Couverte bezeichneten
Sendungen wirklich von demselben herrühren, als unausführ-
bar, so daß ein Mißbrauch der Portofreiheit durch unbefugte
Personen leicht möglich war und vielleicht auch in nicht geringer
Ausdehnung stattgefunden haben mag. Außerdem wurde die
Portofreiheit aber auch von einigen der Abgeordneten in einer
Weise und Ausdehnung benutzt, wie sie bei der Bewilligung
keineswegs beabsichtigt war. Obgleich solche Fälle der Natur
der Sache nach nur ausnahmsweise zur Kenntniß des General-
Postamts haben gelangen können, so hat sich doch herausgestellt,
daß ein Theil der Abgeordneten die freie Beförderung für jede
Art von Sendungen in Anspruch genommen hat, dieselben moch-
ten ihre Familienverhältnisse oder kaufmännische oder sonstige
Geschäfte betreffen; ferner, daß dieselben auch für diejenige Kor-
respondenz und Sendungen, die sie nicht im eigenen, sondern im
Interesse dritter Personen besorgten, die Portofreiheit erlangten;
daß sie bei unternommenen Reisen ihre Reiseeffekten, so wenig
dieselben oft zur Beförderung mit der Post geeignet waren, und
obgleich deren Transport der Postverwaltung baare Kosten für
extraordinäre Beförderungsmittel oder für den Transport auf
der Eisenbahn verursachte, derselben übergaben, was Einzelne

bei jeder Urlaubsreise für die Hin- und Rückreise wiederholten.
Auch ist sogar der Fall vorgekommen, daß Sendungen zwischen
dritten Personen, die weder von einem Abgeordneten abgesandt,
noch an ihn gerichtet waren, von einem solchen mit seinem Na-
men bezeichnet wurden, um solchen Sendungen die Portofreiheit
zu verschaffen. Endlich ist die Portofreiheit von vielen Abge-
ordneten dazu benutzt worden, um, nachdem der Konflikt, wel-
cher zur Auflösung der Versammlung geführt hat, zwischen die-
ser und der Regierung entstanden war, Flugchriften und Pla-
kate, welche zum Ungehorsam und zur Widersetzlichkeit gegen die
Regierung aufforderten, in großer Zahl in die Provinzen zu
senden und so auf Kosten des Staates selbst im Lande zu ver-
breiten. Sieht man auf das Verfahren in andern Ländern, bei
welchen ähnliche Verhältnisse obwalten, wie in Preußen, so er-
giebt sich, daß in keinem dieser Länder, weder in deutschen noch
in andern, eine solche Portofreiheit bewilligt worden ist, mit
alleiniger Ausnahme von Baiern, wo in neuester Zeit die Re-
gierung jene Portofreiheit, jedoch nur für die Korrespon-
denz der Abgeordneten, nachgegeben hat. In den meisten der
übrigen betreffenden Länder steht dagegen die Portofreiheit den
Präsidenten der Versammlungen für die in dieser Eigenschaft
von ihnen zu führende amtliche Korrespondenz zu, in den übr-
igen ist jedoch selbst dieses nicht einmal der Fall. Wenn nun
hiernach die Erfahrung in Frankreich und Belgien, in Sach-
sen, Hannover, Württemberg, Baden u. s. w. die Nothwendig-
keit einer Bewilligung der in Rede stehenden Art nicht darge-
than hat, wenn in England (wo die Volksvertreter bekanntlich
auch nicht einen Heller Diäten bekommen, während wir jedem
täglich 3 Rthlr. zahlen müssen) „die früher den Parlaments-
Mitgliedern bewilligt gewesene Portofreiheit wegen der groben
dadurch herbeigeführten Mißbräuche aufgehoben ist, wenn bei
uns sich herausgestellt hat, welche Nachtheile für den Staat
mit einer solchen unbeschränkten Portofreiheit verbunden sind,
und wenn endlich in Erwägung gezogen wird, daß eine Zeit,
welche sich die Aufhebung aller Privilegien und Vorrechte zur
Aufgabe gestellt hat, zur Begründung neuer zu Lasten der
Staatskasse gereichender Privilegien wenig geeignet erscheint, so
wird es sich rechtfertigen, wenn die Portofreiheit auf die ge-
wöhnliche Korrespondenz der Abgeordneten beschränkt wird.“

Das ministerielle Schreiben enthält doch arge Vorwürfe

und enthüllt Sachen und Vorgänge, welche die Abgeordneten doch wohl nicht mit Stillschweigen hinnehmen sollten, wenn sie nicht den Schein auf sich fallen lassen wollen, als sei alles wahr. Wir möchten wünschen, daß die Beschuldigten das Schweigen brächen, damit die Regierung gezwungen würde, die Beweise über die vorgekommenen groben Mißbräuche vorzulegen und das Land auch in dieser Sache aufzuklären. Bis jetzt haben aber die alten Steuerverweigerer ohne Zweifel gute Gründe gehabt, zu schweigen, also auch hier die Frage offen zu lassen.

Deutschland.

Berlin, d. 28. März. Se. Maj. der König haben geruht: Dem Rentanten des Rentamts Pforta, Kommissionsrath Reichmann, ten Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Steiger Karl Mempel zu Stedten und dem Kohlenmesser Gottlieb Seifert zu Döblau das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Unteroffizier Rother, dem Fusilier Samulla des 1ten, dem Gefreiten Hanusa des 23ten Infanterie-, dem Ulanen Weiß des 2ten Ulanen-Regiments und dem Kanonier Kühn II., der 6ten Artillerie-Brigade, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; und den Legationsrath George Herrmann Hellwig zum Geheimen Finanzrath im Finanz-Ministerium zu ernennen.

Der Abgeordnete Milde wird morgen in der ersten Kammer an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten folgende Interpellation richten:

„Der Minister wolle die Kammer davon in Kenntniß setzen, ob und wie weit die bereits in öffentlichen Blättern enthaltenen Nachrichten über die Anhäufungen großer russischer Truppenmassen längs der schlesischen Gränze, begründet sind, da sich mit jenen ernstliche Besorgnisse für die Dauer friedlicher Beziehungen zum Auslande verbinden; gleichzeitig wolle der Minister der Kammer diejenigen Maßregeln mittheilen, welche von Seiten der Staats-Regierung getroffen sind, um den Frieden und damit die Sicherheit der östlichen Provinzen zu wahren.“

Milde, als Interpellant.

Unterstützt von:

Graf Dyhern. Freiherr von Vinke. Bergmann. Kuhmann. Robe. Koesler. v. Kempis. Zenker. Ruprecht. Schmeß. Samnau. Büttler. Kuttner. Kesperlein. Graf Sellendorff. Baumstark. v. Bodum. Dolfs. v. Münchhausen. Wähler.

Die Mitglieder der Linken, welche bekanntlich von Hause aus gegen den Erlaß jedweder Adresse und fast durchgängig auch gegen die einzelnen Paragraphen des Kommissions-Entwurfs gestimmt hatten, und eine Vertretung des Inhalts der gegenwärtigen Adresse dem Könige gegenüber insofern zu übernehmen auch nicht gewillt sind, sollen entschlossen sein, falls durch das Loos bei der Bildung der mit der Uebereichung der Adresse zu beauftragenden Deputation auch Mehrere von ihnen gewählt werden sollten, sich diesem Auftrage nicht zu unterziehen, so daß also wohl nur Mitglieder der Rechten sich Behufs der Uebereichung der Adresse zum Könige begeben dürften.

Halberstadt, d. 26. März. Heute Morgen 1/2 7 Uhr wurden aus dem hiesigen Inquisitoriate die Herren A. Wislicenus, A. Schmidt und Premper, welche in Folge der Novemberbewegungen zur Untersuchung gezogen und in erster Instanz zu einem einjährigen Festungsarreste verurtheilt sind, unter polizeilicher Escorte nach dem Bahnhofgebäude und von da per Eisenbahn zur Magdeburger Citadelle abgeführt. Der zu 1 1/2 Jahr Festungsarrest verurtheilte Refer. Bertog mußte Krankheits halber hier gelassen werden. (M. 3.)

Hamburg, d. 26. März. In einer Mittheilung aus London vom 22. d. M. welche ihres Ursprungs wegen auf unbedingte Glaubwürdigkeit Anspruch machen darf, wird berichtet, daß die Erneuerung der Feindseligkeiten zwischen Dänemark und Deutschland vor dem 15. April nicht stattfinden wird.

Ein achtbares Handlungshaus schreibt aus London vom

23. d. M.: „Von Herrn Bunsen kam heute die Mittheilung in die City, daß der Waffenstillstand mit Dänemark bis zum 15. April verlängert ist, und daß bis dahin ein definitiver Friede hoffentlich zu Stande kommen werde.“

Dagegen geht uns so eben folgende, mit Obigem im Widerspruch stehende, Mittheilung zu: Kopenhagen, d. 24. März, 3 Uhr Nachmittags. Wir können Ihnen noch eiligst mittheilen, daß das Ministerium dem heutigen Reichstage mitgetheilt, es hätten sich die Unterhändler in London über die Friedensbasis im Wesentlichen dahin verständigt, daß Schleswig, mit Dänemark vereinigt, provinzielle Selbstständigkeit behalte, und daß die Dänische Regierung daher auf ein Provisorium eingegangen, während welches Schleswig durch eine vom König von Dänemark zu erwählende Regierung, von Dänischen Truppen unterstügt, administriert werde, — jedoch nur dann, wenn rückichtlich dieses Provisoriums noch eine letzte Bedingung eingeräumt werde, (und diese soll, wie man sagt, sein, daß wir auch Rendsburg besetzten, denn darüber sprach sich das Ministerium nicht aus). Um darauf noch Antwort vor Beginn von Feindseligkeiten haben zu können, habe man sich verpflichtet, mit diesen nicht vor dem 3. April anzufangen, ohne jedoch an dieses Datum sich zu binden, wenn fremde Truppen früher in die Herzogthümer einrücken, — was ja wohl schon geschehen sein wird. — So wie auch hier doch nur noch wenige daran glauben, daß es jetzt zum Friedensschluß auf der erwähnten Basis kommen, oder daß uns für ein Provisorium auch die letzte Bedingung eingeräumt werde, machte auch auf den Reichstag diese Mittheilung keinen genehmigenden Eindruck. (B. S.)

Dresden, d. 26. März. In der heutigen Sitzung der II. Kammer befand sich auf der Registrande unter Anderm ein Antrag des Vicepräf. Tschirner nebst 16 Genossen, dem jehigen Ministerium zu erklären, daß es das Vertrauen des Volks nicht besitze. Der Antrag lautet:

In Erwägung, daß jede Regierung in einem demokratischen Staate eine parlamentarische sein muß, und daß sie daher, wenn sie nicht unmissbar aus der Mehrheit der Volksvertretung hervorgegangen ist, um sich mit dieser in Einklang zu setzen, gleich von vorn herein über die Grundsätze, welche von letzterer befolgt werden, ihre Ansichten zu manifestiren gehalten ist; in Erwägung, daß das Programm der damaligen Minister, welches sie bei ihrem Antritte verkündet haben, die Hauptfragen der Gegenwart in politischer und materieller Beziehung gar nicht berührt, und daß das Ministerium, als es deshalb behufs der weitem Aufklärung seiner Stellung zur Kammermehrheit interpellirt worden ist, unter unbedingten formellen Einwänden eine, wenn auch nur allgemeine, doch die Prinzipien andeutende Auslassung verweigert, und mithin die Kammer darüber, ob die politische Gesinnung des Ministeriums der Majorität entspricht, nach wie vor in Unklarheit gelassen hat; in weiterer Erwägung, daß von dem Ministerium sogar entgegenstehende Ansichten über Fragen von der größten Bedeutsamkeit an den Tag gelegt worden sind, indem es dem Bevollmächtigten bei der Centralgewalt die Hinwirkung auf einen Census für die Wählbarkeit zum deutschen Staatenhause, sowie die Verbeführung eines absoluten Veto für das deutsche Oberhaupt gestattet, sich ferner aus seiner Mitte noch jetzt für eine vorhandene Fortsetzung des von der deutschen Nation zertrümmerten Bundestags, ingleichen angeht, des von einer großen Mehrheit der II. Kammer kurz vorher abgelehnten Gehorsams der Soldaten außer dem Dienst in schroffer Weise für dessen Beibehaltung ausgesprochen hat; endlich in Erwägung, daß das Ministerium keine Anstalt trifft, dem gerechten Verlangen des sächsischen Volks auf Genugthuung für die Ermordung Robert Blum's entgegenzukommen und den Gesandten v. Könneritz aus Wien abzuberufen: beantragen wir, daß sich die Kammer im Verein mit der andern dahin erklären möge, daß „das dermalige Ministerium das Vertrauen der Volksvertretung nicht besitzt.“ Wir bezeichnen diesen Antrag als dringlich und bitten, ihn ohne Verweigerung an eine Deputation in Berathung zu nehmen, auch die Hauptberathung in der nämlichen Sitzung, wo über die Dringlichkeit entschieden wird, eintreten zu lassen. Dresden, am 23. März 1849. Tschirner. Wagner. Mener. Lauer Schmidt. Bernhardt. Blandmeister. Meinel. Behner. Thieme-Sarmann. G. S. Peeren. Helbig. Böttcher. Feldner. A. Köchel. Jäkel. Kiedel. Brückmann.

Dieser gegen 14 Stimmen als dringlich bezeichnete Antrag wird auf eine der nächsten Tagesordnungen kommen.

Dresden, d. 26. März. Unter dem 23. März ist ein königl. Decret, den zur Verpflegung der Reichstruppen, sowie den anderweit für die deutsche Marine ausgeschriebenen Matricularbeitrag betreffend, an die II. Kammer gelangt. Was nun zuvörderst die von der provisorischen Centralgewalt unter dem 27. Nov. 1848 für den Zweck der baaren Vergütung für die Verpflegung der im Reichsdienste befindlichen Truppen ausgeschriebene Umlage von 1 Mill. Thlr. anlangt, so heißt es in dem Decrete: „Wenn nun die meisten deutschen Staaten jener Aufforderung bereits nachgekommen sind, glauben auch Se. königl. Maj. der Ausführung des auf Ihre Lande diesfalls ausfallenden Matricularbeitrags von 37,752 Thlr. (wovon jedoch zunächst 5,915 Thlr., welche sächsischerseits für Naturalverpflegung der Reichstruppen in den Monaten October und November zu bestreiten gewesen, in Abrechnung zu bringen sein werden) nicht länger Anstand geben zu dürfen.“ Da ferner laut Verordnung der provisorischen Centralgewalt vom 12. Febr. d. J. für den Zweck der Begründung einer deutschen Marine abermals die Summe von 3 Mill. Thlr. verfügbar gemacht werden soll, und das Reichsministerium der Finanzen die Erwartung ausgesprochen hat, daß die hierauf bezüglichen Matricularbeiträge mit der einen Hälfte zu Anfang des März, mit der andern aber zu Anfang Mai eingezahlt werden sollen, so wird der durch Decret vom 2. Febr. an die Kammern gelangte Bewilligungsantrag zugleich auch auf den anderweit mit 113,256 Thlr. zu dem angegebenen Zweck ausgeschriebenen Matricularbeitrag ausgedehnt und „sehen Se. königl. Maj. hierüber einer beiführenden mit thunlichster Beschleunigung abzugebenden Erklärung entgegen.“

Frankfurt a. M., d. 25. März. (D. R.) Ich bin im Stande, Ihnen das Entlassungs-Gesuch des Ministeriums Gagern mitzutheilen, dessen wichtiger Inhalt über die ganze Lage der Centralgewalt Licht verbreitet.

„Hoher Reichsverweser! Als nach dem Austritt des Herrn v. Schmerling aus dem Reichs-Ministerium Eure Kaiserliche Hoheit am 16. Dezember v. J. mich, den gehorsamst Unterzeichneten, hatten berufen lassen, um mir die Vervollständigung des Ministeriums aufzutragen, war es, ehe ich diesem hohen Vertrauen entsprechen konnte, meine Pflicht, Eurer Kaiserlichen Hoheit die politische Ueberzeugung zu unterbreiten, von der ich mich leiten lassen dürfen, wenn ich mit dem Ministerium beurlaubt würde.

In dem Gefühle des dringenden Bedürfnisses, daß die Lösung der Aufgabe der National-Versammlung befördert und mit dem abzuschließenden Verfassungswerke zugleich der den Interessen des Vaterlandes so höchst nachtheilige provisorische Zustand der Centralgewalt der Beendigung zugeführt werden müsse, sagte ich, nach gepflogener Berathung mit meinen bisherigen Herren Kollegen, in folgenden Sätzen zusammen, was wir, wenn wir das Ministerium bilden sollten, als unsere Richtung betrachteten:

- 1) daß Deutschland als Bundesstaat sich konstituirt,
- 2) daß daran Oesterreich sich nicht betheiligen werde,
- 3) daß das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland der künftigen Bestimmung nach Konstituierung beider Zwillingreiche vorbehalten bleibe,
- 4) daß der Reichsverweser von seinem Standpunkte mitwirken wolle, dieses Verhältnis in politischer und materieller Beziehung so eng als möglich zu gestalten, und
- 5) daß Oesterreich der Konstituierung Deutschlands keinerlei Hindernisse in den Weg lege, wie sie auch ausfallen möge, namentlich für den Fall, daß der Inhaber der preussischen Krone als erbliches Oberhaupt an die Spitze Deutschlands gestellt werde;
- 6) daß sofort eine Gesandtschaft nach Olmütz oder Wien gehe, die freundschaftlichen und bündgenössischen Verhältnisse zu kultiviren, die hiesigen Schritte zu erklären und zu befürworten, die Zukunft vorzubereiten.

Auf Eurer Kaiserlichen Hoheit Erklärung, daß Sie dieses Programm nicht beanstandeten, trat das bisherige Ministerium in das Amt. Der am 18. Dezember v. J. an die National-Versammlung von dem neuen Ministerium gestellte Antrag: die unter dem 13. Januar d. J. demselben erteilte Ermächtigung, mit der österreichischen Regierung über das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland in Unterhandlung zu treten, und der von dem Reichs-Ministerium für sämtliche Regierungen

angebahnte Weg der Verständigung veranlaßte verschiedene Erklärungen von Seiten der k. k. österreichischen Regierung, wonach es in Verbindung mit der dem Kaiserthum Oesterreich jetzt verliehenen Verfassung nicht zweifelhaft ist, daß Oesterreich eine Verfassung für Deutschland, wie sie als das Produkt der bisherigen Thätigkeit der National-Versammlung im Entwurfe vorliegt, für seine deutschen Staaten nicht annehmbar finde.

Nachdem nun der Verfassungs-Ausschuß diesen Entwurf unter Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen zur zweiten Lesung vorbereitet hatte, wurde von dem Abgeordneten Welcker der bekannte Antrag gestellt:

- 1) den so vorbereiteten Entwurf der Verfassung nach dem Antrage des Ausschusses in Vorschlag und Votum anzunehmen,
- 2) Seiner Majestät dem Könige von Preußen die in der Verfassung festgestellte erbliche Kaiserwürde zu übertragen zc.

Das Ministerium war bei diesem Antrage untheilhaftig; nachdem er aber gestellt war und großen Anklang gefunden hatte, glaubten die Mitglieder des Ministeriums, die Abgeordnete sind, in dieser ihrer Eigenschaft bei der kritischen Lage des Vaterlandes jenen Antrag unterstützen zu müssen, als zu der Lösung führend, die sie erstreben mußten.

Der Antrag wurde gestern von der National-Versammlung verworfen, und das Ministerium hält diese Entscheidung unter den Umständen, wie sie erfolgt ist, von solcher Bedeutung, daß es ihm unthunlich erscheint, die Aufgabe der provisorischen Centralgewalt in einer dem Interesse und der Wohlfahrt des Vaterlandes entsprechenden Weise fortzuführen.

Es ist Eurer Kaiserlichen Hoheit bekannt, daß Dänemark dem Waffenstillstand gekündigt hat, so daß, wenn auch nicht alle Hoffnung aufzugeben ist, daß die Feindseligkeiten nicht sofort wieder ausbrechen, doch die größere Wahrscheinlichkeit für den Wiederbeginn des Krieges spricht.

Es ist Eurer Kaiserlichen Hoheit ferner bekannt, daß die größten Staaten Deutschlands den Anordnungen der provisorischen Centralgewalt nur in sehr bedingter Weise Folge leisten. Am Entschiedensten hat Oesterreich der Wirkung dieser Anordnungen sich entzogen, und wenn Deutschland jetzt in einen Krieg verwickelt werden sollte, so hat es von Oesterreich aller Wahrscheinlichkeit nach keinerlei Unterstützung zu gewärtigen.

Bayern und Sachsen, durch den Vorgang von Oesterreich ermuthigt, beharren in ihrem Widerstande gegen die Anordnungen der Centralgewalt.

Das Ausbleiben der Beiträge zur ersten Begründung einer deutschen Kriegsstotte stellt die Existenz dieses, im Entstehen begriffenen National-Instituts in Frage.

Die Macht Deutschlands beruht auf der Macht Preußens. Diejenige Unterstützung, welche Preußen bisher der Centralgewalt für die Interessen des Gesamt Vaterlandes gewidmet hat, wird vielleicht nach dem gestrigen Beschlusse die gleiche nicht mehr sein.

Es hat dieser Beschluß eine solche Zerklüftung der Parteien in der National-Versammlung, ein so unnatürliches Zusammenwirken der verschiedenartigsten Interessen und Ueberzeugungen zu dem einen Ziele herausgestellt, dem Bestreben der Partei, die mit dem Ministerium zusammengeht, entgegen zu treten, daß die Fähigkeit der National-Versammlung, eine Verfassung für Deutschland zu Stande zu bringen, namentlich die Oberhauptsfrage in einer dem nationalen Bedürfnis nach Einheit entsprechenden Weise zu lösen, in so lange bezweifelt werden muß, bis wieder eine in den Prinzipien mehr übereinstimmende Majorität besteht.

Ohne eine solche fehlt dem Ministerium der Centralgewalt, dasjenige moralische Gewicht, wodurch es in den Stand gesetzt wird, sowohl im Verhältnis zur National-Versammlung als nach Außen gedeihlich zu wirken.

Diejenige Mehrheit, welche sich gestern Angesichts der kritischen Lage des Vaterlandes gebildet, hat die Berechtigung wie die Pflicht, die Bildung eines Ministeriums möglich zu machen.

Im Namen des bisherigen Gesamtministeriums welches sich zur Fortführung der Geschäfte außer Stand sieht, habe ich Eure Kaiserliche Hoheit gehorsamst um die Entlassung aller seiner Mitglieder, einschließlich der Unterstaatssekretäre zu bitten, indem ich zugleich dessen tief empfundenen Dank ausspreche, für die Unterstützung und die Nachsicht, die Eurer Kaiserliche Hoheit uns im Amte gewährt haben, und indem ich besonders danke für das Wohlwollen, womit Eurer Kaiserliche Hoheit mich persönlich beglückten.

Frankfurt a. M., d. 22. März 1849.

gez. H. Gagern.
Frankfurt a. M., d. 26. März. Der „Amtl. Theil“ der Ober-Postamt-Zeitung enthält Folgendes: Nach den zu Frankfurt stattgehabten Ereignissen des 18. Septembers v. J. gingen, selbst aus den entfernten Gauen des deutschen Vaterlandes, reichliche Geldspenden bei dem Reichskriegsministerium

für den Zweck ein, den bei jenen Ereignissen verwundeten Kriegern und den Hinterbliebenen der Gefallenen eine Unterstützung zu gewähren. Das Reichskriegsministerium ließ durch das Oberkommando der in und bei Frankfurt stehenden Truppen genaue, amtlich begründete Nachforschungen über die Schwere der Verletzungen der Verwundeten, und über die Lage der von den Gebliebenen zurückgelassenen Familien, einziehen. Als diese Nachrichten vollständig eingegangen, die betreffenden Sammlungen aber als geschlossen zu betrachten waren, trat, auf Veranlassung des Reichsministeriums des Krieges, eine Commission, bestehend aus einem Mitgliede des Ministeriums des Innern, einem Mitgliede des Ministeriums des Krieges, aus vier Mitgliedern der verfassunggebenden Reichsversammlung, welche sich der Sammlung von Beiträgen mit hochherziger Thätigkeit unterzogen hatten, aus einem kaiserlich österreichischen Stabsoffizier, einem großherzoglich hessischen Hauptmann, einem königlich preussischen Leutnant und drei Mitgliedern aus der Zahl der Mannschaften vom Feldwebel abwärts der hierbei in Betracht kommenden Truppentheile, für den Zweck zusammen, das Maß der Ansprüche der einzelnen Betheiligten nach allen Seiten prüfen, hieraus bestimmte Kategorien zu bilden und einen Plan für die Vertheilung der Gesamtsumme zu entwerfen.

Als leitendes Prinzip bei Entwerfung jenes Vertheilungsplanes wurde angenommen, daß die Schwerverwundeten die ergiebigste Unterstützung, die Leichtverwundeten nur geringe Gaben, mehr im Charakter eines Andenkens als einer Unterstützung, erhalten, und bei den Hinterbliebenen der Gefallenen auch die verschiedenen Lebensverhältnisse derselben berücksichtigt werden sollten.

Durch die von der Commission vorgelegten Vorschläge, mit denen das Reichskriegsministerium sich einverstanden erklärt hat, sind die Verwundeten in 4 Klassen eingetheilt worden, welche zerfallen:

- 1) in so schwer Verwundete, daß solche arbeitsunfähig geworden sind;
- 2) in schwer Verwundete, bei welchen nachtheilige Folgen für die Arbeitsfähigkeit zurückbleiben;
- 3) in Verwundete, die nach erfolgter Heilung noch nachtheilige Folgen ihrer Wunden, ohne Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit, behalten werden;
- 4) in Leichtverwundete, zu deren Heilung
 - a) 11 bis 12 Wochen
 - b) 6 " 10 "
 - c) 4 " 6 "

erforderlich waren.

Von der eingegangenen Gesamtsumme von 8326 rheinischen Gulden 47 Kreuzern ist jedem Individuum der Kategorie sub 1 eine Summe von 600 fl.
 " " " 2 " " " 150 "
 " " " 3 " " " 50 "
 " " " 4 von resp. 25, 20 u. 14 fl.

zugebilligt, für die Hinterlassenen der Gebliebenen ist die Summe von 2800 fl. bestimmt, für die darunter auf Minorenen fallenden Summen aber die pupillarische Sicherstellung angeordnet worden.

Die den Verwundeten zugebilligten Summen sind denselben durch das Oberkommando der hiesigen Truppen, die für die Hinterbliebenen der Gefallenen bestimmten aber den Bevollmächtigten der Regierungen bei der provisorischen Centralgewalt, zur Uebermittlung überwiesen worden.

Indem das Reichskriegsministerium vorstehenden Rechenschaftsbericht zu öffentlicher Kenntniß bringt, bleibt ihm nur noch die angenehme Pflicht übrig, den edlen Gebern im Namen

der Betheiligten den wärmsten Dank für ihre so hochherzig gespendete Hilfe hiermit auszudrücken.

Frankfurt a. M., den 18. März 1849.

Der Reichsminister des Krieges
Peucker.

Freiburg, d. 22. März. Das Zeugenverhör in dem Prozesse gegen Struve und Blind war in der gestrigen Sitzung mit der Wegnahme der Zollamtskasse zu Kadelburg geschlossen worden. Heute wurde dasselbe von da an fortgesetzt und bis zum Ende des Tages verfolgt. Darauf begann das Zeugenverhör über die Septemberereignisse. Im Ganzen sind jetzt gegen 30 Zeugen vernommen. Nachdem die Zeugen über die Wegnahme zweier öffentlichen Kassen in Säckingen verhört waren, wurde sogleich zu dem Gefechte bei Güntersthal übergegangen, worüber die Hauptleute v. Hundbiss und Hoffmann vom 4. badischen Infanterieregiment und der Regimentarzt Bucherer von hier mehrere Mittheilungen machen, worauf eine Reihe von Aktenstücken zur Verlesung kommen: mit Struve's Unterschrift versehene Aufrufe zu bewaffnetem Zuge und andere auf Organisation des Freischaarenzuges bezügliche Documente, Erklärungen von Gemeinden, Beschlüsse von Volksversammlungen und dergl. Ueber den Septemberaufstand, und zwar vorerst über die Ereignisse in Börrach, wurden zehn Zeugen vernommen. Darunter bereiten einige den Angeklagten, Struve sowohl wie Blind, einen harten Stand, obgleich nicht geläugnet werden kann, daß Beide, besonders aber Struve, mit vielem Geschick und Talent die für sie vortheilhaftere Seite hervorzuführen suchten. Der Einfall, die Proklamirung der Republik, die Einsetzung einer provisorischen Regierung, die Verhaftung der Beamten, Beschlagnahme der Kassen, Aufbietung der bewaffneten Mannschaft unter Androhung des Standrechts, die Maßregeln der Gewalt gegen einzelne Personen, wie gegen den praktischen Arzt Kaiser und besonders gegen den Postmeister Martin, die Loskaufung Soldaten, die man zu dem Anschluß an den Freischaarenzug für verpflichtet erklärt hatte u., bildeten die Hauptpunkte des Verhörs. (N. Fr. 3.)

Wien, d. 24. März. Aus Siebenbürgen sind uns folgende Nachrichten zugekommen. Der Feldzeugmeister Puchner war an der Spitze seiner Truppen siegreich gegen die Szekler vorgezogen. Während der Zeit hatte der Insurgentenchef Bem seine Schaaren gesammelt, und war mit 12,000 Mann wider das von 3000 Mann russischer Truppen besetzte Hermannstadt gezogen. Die letzteren widerstanden zuerst dem ihnen so weit überlegenen Feinde, zogen sich aber nach mehrstündigem Kampfe aus Hermannstadt zurück, gefolgt von zahllosen flüchtenden Einwohnern. Bem rückte darauf in die Stadt ein. Nach einigen Stunden zog er sich jedoch wieder aus derselben zurück. (D. R.)

An der Börse erhielt man heute die bestimmte Kunde, daß die Festung Komorn capitulirt habe.

Wien, d. 25. März. Die „Wiener Ztg.“ meldet: „Se. Kaiserl. apost. Majestät haben mittelst Allerhöchster Entschliessung vom 17. d. M. den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich preussischen Hofe, Joseph Grafen von Trautmannsdorf-Weinsberg, auf sein allerunterthänigstes Ansuchen von diesem Posten abzurufen und demselben bei dessen Uebertritte in den wohlverdienten Ruhestand, so wie zum Zeichen der besonderen Allerhöchsten Zufriedenheit mit seinen langen, treuen und ausgezeichneten Diensten, das Großkreuz des Kaiserlich österreichischen Leopold-Ordens tarfrei Allergnädigst zu verleihen geruht. „Gleichzeitig haben Se. Majestät die dadurch in Erledigung gekommene Stelle Allerhöchsthies außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers am Königl. preussischen Hofe dem bisherigen bevollmächtigten Mi-

nister in Athen, Feldmarschall-Lieutenant Anton Freiherrn Prosch-Dsten, zu verleihen befunden.“

Ungarn.

Pesth, d. 22. März. Vorgestern sind zahlreiche Truppen-Abtheilungen sammt Geschütz nach dem Kriegsschauplatze gezogen. Das Nek um Debreczin schlingt sich immer enger. Duchner drang bis Großwardein vor; der Ban erreicht in diesen Tagen Szegedin und Schlic ist über die Theiß gedungen. — Hammerstein soll in Nyiregyhaz acht Stunden vor Debreczin sein; eine Nachricht, die jedoch nicht minder der Bestätigung bedarf, als die düsteren Gerüchte von den Erfolgen Bem's in Siebenbürgen.

Italien.

(Frankfurt a. M., d. 26. März.) Wir theilen nachstehendes Privatschreiben eines Handlungshauses mit, ohne die vollkommene Wahrheit desselben in allen Punkten verbürgen zu wollen: **Basel**, d. 24. März. Nach den heute aus dem Kanton Tessin erhaltenen Nachrichten haben die Feindseligkeiten begonnen, indem die piemontesischen Truppen am 20. d. M. um 3 Uhr Nachmittags, ungefähr 24000 Mann stark, den Tessin auf der Brücke von Buffalona passirten. Die Oesterreicher zogen sich von allen Punkten der Grenze zurück, ohne Widerstand zu leisten. Für den Augenblick concentrirten sie sich um Mailand; man glaubt aber, daß sie dasselbe nicht behaupten, sondern sich hinter die Adda zurückziehen würden. Laut Berichten aus Como vom 22., wurden die Piemontesen bereits an jenem Tage dort erwartet. (Fr. P. A. 3tg.)

In der Abendbeilage der Wiener Zeitung vom 23. März lesen wir: Nach den heutigen Nachrichten aus **Mailand** vom 19. März wird gemeldet, daß bei dem am 16. März bei Piacenza stattgefundenen Gefechte mit den Piemontesen auch drei Kanonen in unsere Hände gefallen sind. Es wird ferner aus Piacenza geschrieben, daß die lombardischen Freischaaaren, welche die Vorhut Karl Albert's bilden müssen, bereits um Erlassung des Vorpostendienstes gebeten haben. Am 18. und 19. März herrschte fortwährend die größte Ruhe in Mailand. Vom Lago Maggiore her erwartet man eine Invasion der Piemontesen.

Mailand, d. 22. März. Die Feindseligkeiten haben begonnen. Man hört Kanonendonner von der Seite von Pavia her. Ueber die Bewegung der beiden Armeen ist hier noch nichts Gewisses bekannt. — Die Eröffnung der Feindseligkeiten wird von anderer Seite bestätigt. Es scheint, daß die beiden Parteien vorgerückt sind, die Piemontesen nach Buffalora zu, und die Oesterreicher bei Pavia den Gravellone überschreitend, so, daß beide neben einander vorbei operirten. Die österreichischen Truppen haben sich, wie es scheint, in St. Angelo zusammengezogen, zwischen Lodi und Pavia, sie bilden eine große Linie von Piacenza nach Magenta, vom Po und längs der Tessinerlinie. Das Gros der sardinischen Armee steht ihr gegenüber auf der andern Seite des Tessin und ein detachirtes Corps von 20,000 Mann hat, wie man sagt, die Absicht, durch den Lago Maggiore in die Lombardei einzudringen und die Berglinie über Varese, Como, Lecco und Bergamo zu verfolgen. Die beiden Heere sind gespannt darauf, sich zu messen und man erwartet als Anfang der Feindseligkeiten eine große Schlacht.

Dem königl. Decret wegen Auflösung der Kammern in **Neapel** geht ein langer Bericht an den König voran, den sämtliche Minister unterzeichnet haben, und worin die Majorität der Kammer als eine „unruhige, verdröckerische Masse“ bezeichnet wird. Es werden in diesem Berichte alle Ereignisse seit dem 10. Febr. 1848 resumirt, an welchem Tage der König

die Verfassung gegeben hatte. Als Motiv zur Auflösung wird untern Andern auch die geringe Anzahl von Wählern bezeichnet, die an den Wahlen theilgenommen. (C. 3.)

Briefe aus **Rom** vom 15. März melden den Tod zweier Cardinäle. Mezzofanti (der Sprachkennner) starb in Rom in der Nacht vom 14. auf den 15. März, Pietro Ostini in Neapel am 9. März. — Vom 20. an soll die Zollgrenze zwischen Rom und Toscana fallen.

Frankreich.

Paris, d. 24. März. Die Noten der französischen Regierung an Carl Albert fordern dringend die Erhaltung des Friedens.

Die Nationalversammlung hat am 24. d. das Klubgesetz mit seinen 29 Paragraphen angenommen. Die Versammlung beschließt eine dritte Lesung und vertagt sich um 6¹/₂ Uhr.

Guizot und die Fürstin Lieven sind in Paris.

Der Präsident soll gar nicht für den Krieg, sondern der friedlichen Diplomatie zugethan sein, und seine fixe Idee ist heute, durch einen europäischen Kongreß auf dem Wege der Unterhandlungen eine Revision der Verträge von 1815 herbeizuführen.

Aus Lyon wird gemeldet, daß dort die Kunde von der Annahme des Art. 1 des Klubgesetzes keine Ruhestörungen hervorrief, weil die Arbeiter selbst einsehen, daß gerade das Bestehen der Clubs eine Hauptursache des Darniederliegens der Geschäfte war.

Großbritannien und Irland.

London, d. 23. März. Daily News betrachtet den Wiederausbruch des Kampfes zwischen Sicilien und Neapel wegen der Nichtannahme der vom Könige von Neapel octroyirten Constitution als gewiß; die Haupt-Einwendungen der Sicilianer gegen die neue Verfassung seien: die Abschaffung ihrer alten erblichen Pairie und der Municipal-Regierung, welche der König durch Präfecturen und Maires nach französischer Art ersetzen wolle, und das schon in der Verfassung festgesetzte Budget, was den Sicilianern die kräftigste konstitutionelle Waffe, die Steuerverweigerung, nehme.

Spanien.

Madrid, d. 17. März. In der gestrigen Sitzung des Senates richtete Herr Alcalá Galiano an die Minister die Frage, ob die in dem Rundschreiben des Kardinals Antonelli vom 29. Januar enthaltene Angabe, daß Spanien sich erboten habe, den Papst in den Besitz seiner weltlichen Souverainetät wieder einzusetzen, und bereits Kriegsrüstungen zu diesem Behufe getroffen, gegründet wäre. Herr Galiano drückte die Ansicht aus, daß diese Hülfsleistung um so weniger als geeignet erscheinen dürfte, als auf der einen Seite die zwischen Spanien und dem päpstlichen Stuhl obwaltenden Mißhelligkeiten noch nicht völlig ausgeglichen wären, auf der anderen Seite aber dieses Land selbst durch einen inneren Krieg erschöpft würde. Der Ministerpräsident, General Narvaez, erklärte darauf, für jetzt Still-schweigen beobachten zu müssen, daß aber die Regierung dem Papst ihre Hülfe angetragen habe, und ihr Versprechen mit der der spanischen Nation gebührenden Berücksichtigung erfüllen werde, denn was dem spanischen Volke an Reichthum abgehe, besäße es an Tapferkeit und religiösem Sinne im Uebermaße.

Amerika.

Newyork, d. 5. März. Die Antrittsbotschaft des neuen Präsidenten der Union, General Taylor, ist heute dem Congresse zu Washington zugegangen und verlesen worden. Sie

erneuert die schon früher von Taylor abgegebenen Zusicherungen, bei Handhabung der Verwaltung und Regierung in die Fußstapfen Washington's zu treten, keine Verfolgung gegen politische Gegner zu üben, welche etwa Inhaber öffentlicher Aemter sind, nicht bloß Localinteressen zu berücksichtigen u. Taylor erklärt auch, daß sein Land eine strenge Neutralität bei allen Nationalkriegen oder Erschütterungen bewahren werde, welche gegenwärtig in Europa stattfinden oder sich etwa später noch ereignen mögen. Zugleich spricht er eine innige Sympathie mit allen Kämpfen aus, welche die Rechte des Volkes und die Erweiterung der Segnungen der Freiheit zum Gegenstande haben.

Personen-Frequenz der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn.

Bis incl. den 10. März c. wurden befördert 80,982 Personen.
Vom 11. März bis incl. 17. März c. incl. 9,276 Personen.
949 Personen aus dem Zwischenverkehr 9,276 Personen.

Summa 90,258 Personen.

Bereinigte Gemeinde.

Sonntag den 1. April Gottesdienst Herr Candidat Lohse.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 27. März.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. Freiw. Anl.	5	101	100 1/2	Pomm. Pfandbr.	3 1/2	92 3/4	92 1/4
St. Schuldsch.	3 1/2	79 3/4	79 1/4	R. = u. Nm. do.	3 1/2	93	—
Sech. Pr. = Sch.	—	99 1/4	98 3/4	Schlesische do.	3 1/2	—	—
Kur = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. gar.	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	rant. do.	3 1/2	—	—
Verl. Stadt-Dbl.	5	98 1/4	—	Pr. Bf. = A. = Sch.	—	86 1/2	85 1/2
do. do.	3 1/2	—	—	Friedrichsd'or	—	13 7/12	13 1/12
Wfpr. Pfandbr.	3 1/2	85 3/8	84 7/8	And. Goldm. à	—	12 5/8	12 1/8
Groß. Pof. do.	4	96 5/8	—	5 Pf	—	—	—
do. do.	3 1/2	80 7/8	80 3/8	Disconto	—	—	—
Dfpr. Pfandbr.	3 1/2	90 1/4	89 3/4				

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Sf.	Prioritäts-Actien.	Sf.
Verl. Anh. Lit.		Berl. = Anhalt	4 87 1/4 B.
A. B.	4 73 1/2 B.	do. Hambg.	4 1/2 90 3/4 G.
do. Hamb.	4 50 B.	do. II. Serie	4 1/2 —
do. St. = Star.	4 84 B.	do. Potsd. = M.	4 83 1/4 B.
do. Potsd. = M.	4 52 à 51 1/2 B.	do. do.	5 94 à 93 1/4 B.
Magd. = Plbst.	4 109 B.	do. Stettiner	5 102 1/2 G.
do. Leipziger	4 —	Magd. = Leipz.	4 —
Halle = Thür.	4 48 B.	Halle = Thür.	4 1/2 86 B.
Cöln = Mind.	3 1/2 74 à 1/4 B.	Cöln = Mind.	4 1/2 92 1/4 G.
do. Nachen	4 47 1/2 B.	Rh. v. St. gar.	3 1/2 —
Bonn = Cöln	5 102 G.	d. I. Priorität	4 —
Düsseld. = Elz.	4 —	do. St. = Pr.	4 —
Stiel. = Bohw.	4 33 B.	Düsseld. = Elz.	4 —
Nschl. = Märk.	3 1/2 71 B. 70 3/4 G.	Mchl. = Märk.	4 85 3/4 B.
do. Zweigbhn.	4 —	do. do.	5 98 1/4 B.
Dbschl. L. A.	3 1/2 89 3/4 B. 1/2 G.	do. III. Serie	5 93 1/4 B.
do. Lit. B.	3 1/2 89 3/4 B. 1/2 G.	do. Zw. bhn.	4 1/2 —
Cofel. = Dverb.	4 —	do. do.	5 80 B.
Bresl. = Freib.	4 —	Oberschl.	4 —
Krat. = Dbschl.	4 37 B.	Krat. = Dbschl.	4 71 B.
Berg. = Märk.	4 54 1/4 B.	Cofel. = Dverb.	5 —
Starg. = Pof.	3 1/2 70 B. 69 1/2 G.	Stiel. = Bohw.	5 88 G.
Brieg. = Meisse	4 —	do. II. Serie	5 —
Magd. = Wittb.	4 —	Bresl. = Freib.	4 —
		Berg. = Märk.	4 97 G.
		Ausländische Stamm-Actien.	
		Leipz. = Dresd.	4 —
		Ludw. = Verb.	4 —
		24 JI.	4 86 1/2 G.
		Kiel. = Alt. Sp.	4 —
		Kamf. = R. = Pl.	4 —
		Wald. = Zhr.	4 33 3/4 B.

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Gelde.)

Halle, den 27. März.

Weizen	1 Pf 21 1/2	3 L bis 2 Pf	— 1/2	— 1/2
Roggen	— 23	9	— 28	9
Gerste	— 21	3	— 25	—
Hafer	— 15	—	— 17	6

Magdeburg, den 27. März. (Nach Wispeln.)

Weizen	43	50	Gerste	20	23
Roggen	—	—	Hafer	14	16

Berlin, den 27. März.

Weizen nach Qualität 54—56 Pf.
Roggen loco 24—25 Pf.
" schwimmend 23—24 1/2 Pf.
" pr. Frühjahr 82 Pfd. 22 1/4 Pf Br., 22 G.
" Mai/Juni 23 1/4 Pf Br.
" Juni/Juli 24 Pf verk. u. Br.
" Juli/August 25 Pf Br., 24 1/2 G.
Gerste, große, loco 21—22 Pf.
" kleine 17—19 Pf.
Hafer loco nach Qualität 13—14 Pf.
" pr. Frühjahr 48 Pfd. 13 à 12 1/2 Pf.
Rübsöl loco 14 1/2 Pf Br., 14 1/2 G.
" pr. März 14 1/4 Pf Br., 14 1/8 G.
" März/April 14 Pf Br., 13 3/8 G.
" April/Mai 13 3/8 Pf Br., 13 3/4 Bz. u. G.
" Mai/Juni 13 3/4 Pf Br., 13 3/8 Bz. u. G.
" Juni/Juli 13 1/2 Pf Br., 13 1/2 G.
" Juli/August 13 1/2 Pf Br., 13 1/2 G.
" Aug./Sept. 13 1/2 Pf Br., 13 1/4 G.
" Sept./Oct. 13 1/2 Pf Br., 13 1/4 Bz.
" Octbr./Novbr. 13 1/2 Pf Br., 13 1/2 G.
Leinöl loco 11 1/2 à 11 1/6 Pf.
" Lieferung pr. April/Mai 10 1/2 Pf Br.
Spiritus loco ohne Faß 14 3/4 à 2 1/2 Pf verk. u. Br.
" pr. März 14 3/4 Pf Br.
" April/Mai 14 3/4 Pf verk.
" Mai/Juni 15 1/4 Pf verk.
" Juni/Juli 15 1/4 Pf Br., 15 1/2 G.
" Juli/August 16 1/4 Pf verk. u. Br.

Wasserstand der Saale bei Halle

am 27. März Abends 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 5 Zoll.
am 28. März Morgens 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 5 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 27. März 9 Zoll unter 0.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 27. bis 28. März.

Im Kronprinzen: Sr. Erl. der Graf v. Schönburg a. Wechselburg. Hr. Baron v. Dergan a. Berlin. Die Hrn. Kauf. Hellriegel a. Leipzig, Richers a. Bremen, Schwarz a. Celle, Wiedemann a. Chemnitz. Mad. Art. a. Bromberg.
Stadt Zürich: Hr. Major Cronenberg, die Hrn. Hauptl. v. Rüderer, Frh. v. Gowensborg, Frh. v. Wettschort, Feld, v. Ribaupierre, v. Ehlered u. Hr. Oberleut. u. Adjut. Schatte a. Regensburg. Die Hrn. Kauf. Reif a. Frankfurt, Reßler a. Usterode, Schwabe a. Leipzig.
Goldnen Ring: Die Hrn. Dekon. Seidler a. Leuchern, Hoffmann a. Rinsiedt, Hr. Mühlensbes. Paster a. Gersdorf, Hr. Förster Choppe a. Althausen. Hr. Buchhalter Thomas u. Hr. Kaufm. Biesler a. Leipzig.
Englischer Hof: Die Hrn. Lieut. v. Schlegel, v. Barby, v. Carisch u. Hoffmann a. München. Hr. Rittergutsbes. Schimmelschmidt a. Ankendorf. Hr. Fabrik. Freitag u. Dessau.
Goldnen Löwen: Hr. Lederfabrik. Megenheust a. Eupen. Die Hrn. Kauf. Hoffmann a. Bernburg, Kurz a. Reichenbach, Fehse a. Brandenburg, Grünthal a. Berlin. Die Hrn. Lieut. v. Stahr, v. Bertini, v. Bruns u. Grafhof a. Baiern.
Schwarzen Bär: Hr. Fabrikbes. Stedner u. Hr. Kaufm. Messenbring a. Merseburg. Die Hrn. Kauf. Sommerfeld a. Magdeburg, Kochmann u. Treumann a. Berlin. Hr. Fabrik. Scharfe a. Limlingerode.
Goldne Kugel: Die Hrn. Pferdehdt. Gebr. John a. Mühlhausen, Hübner u. Moller a. Luda. Hr. Kaufm. Gütermann a. Bamberg.

Bekanntmachungen.

Wegebauten.

Die Straße von Halle nach Schraplau u. c. soll, so weit sie durch die Feldmarken von Unter- und Mittelteutschenthal, so wie Bopdorf führt, sofort in Stand gesetzt und diese Arbeit an den Mindestfordernden streckenweis oder im Ganzen verdungen werden, wobei die Auswahl vorbehalten bleibt.

Hierzu steht Termin auf Montag den 2. April d. J. Morgens 10 Uhr im Köppler'schen Gasthose zu Mittelteutschenthal an, und werden Unternehmungslustige dazu mit dem Bemerkten eingeladen, daß die näheren Bedingungen im Termine selbst bekannt gemacht werden sollen.
Halle, den 25. März 1849.
Der Rechnungs-Rath.
Stapel.

Auction.

Mittwoch und Donnerstag, den 4. und 5. April d. J., Vormittags von 9 Uhr an soll wegen Wirthschaftsveränderung auf dem Schnapperelle'schen Gute zu Schlettau bei Löbejün sämmtliches Vieh und Wirthschafts-Inventarium, und zwar: Mittwoch das Vieh, bestehend in
6 guten Arbeitspferden,
6 Fohlen, worunter 2 egale Fuchse und 4 schwarze Hengste,
24 Stück Rindvieh, alle schwarz von Farbe,
300 Stück Schaaf, wobei 120 Mutterschaaf mit Lämmer, so im Ganzen, das jüngste Vieh aber je zu 10 Stück ausgedoten, und
Donnerstag den 5. April sämmtliches zur Ackerwirthschaft gehörende Schiff und Geschirr unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden, wozu Kaufliebhaber sich einsinden wollen.
Schlettau, den 27. März 1849.

Haus- und Ackerverkauf.

Ich beabsichtige mein zu Wenden, einige Schritte von Mücheln belegenes, fast zu jedem Geschäft passendes, lehn- und zinsfreies Gehöfte, bestehend aus einem erst vor 11 Jahren neu und sehr gut erbauten, im besten Zustande befindlichen, bequemen und geräumigen Wohnhause mit Seitengebäude, Thorsfahrt, Hofraum und Garten, circa 1 1/2 Morgen groß, so wie meine unmittelbar hinter diesem Gehöfte liegenden 2 Aecker zu verkaufen.
Der größere Theil der Kaufsumme kann gegen hypothekarische Eintragung auf diese schul- und pfandfreien Grundstücke und

jährliche Verzinsung zu 4 Prozent bis nach einer beiden Theilen freistehenden dreimonatlichen Aufkündigung beim Käufer als Darlehn stehen bleiben.

Heine,

Land- und Stadtgerichtsrath zu Wenden.

Dank und Anzeige.

Für die vielfachen Beweise der Liebe und Freundschaft, die unserm unvergeßlichen Vater, Schwiegervater und Großvater, dem Zimmermeister Joh. Christoph Wiedemann, auf dem Wege zu seiner letzten Ruhestätte zu Theil geworden, sage ich im Namen der ganzen Familie dem Wohlbl. Schützencorps, dem er über 50 Jahre angehört, den übrigen verehrten Herren Mitbürgern, so wie besonders auch den Herren Geistlichen, den tiefgefühltesten Dank. Zugleich aber füge ich die Bemerkung hinzu, daß ich das von dem Seligen betriebene Geschäft in seiner ganzen Ausdehnung fortführen werde, weshalb ich namentlich auch die Ausführung von Bauten übernehme und die reellste Bedienung verspreche, um mich des von meinem guten Schwiegervater genossenen Vertrauens würdig zu machen, welches ich hiermit auf mich zu übertragen bitte.
Freyburg, den 26. März 1849.

E. G. Heydenreich,
Lotterieeinnehmer.

Anzeige.

Hiermit erlaube ich mir die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich das von meinem sel. Schwiegervater, dem Zimmermeister Joh. Christoph Wiedemann, betriebene Geschäft des Holzhandels, so wie die Ausführung von Bauten in meinen Namen fortsetzen werde, mit der ergebensten Bitte, das dem Seligen geschenkte Vertrauen gütigst auf mich übergehen zu lassen, und verspreche, durch die reellste Bedienung mich desselben stets würdig zu machen.
Freyburg, den 26. März 1849.

E. G. Heydenreich,
Lotterieeinnehmer.

Kapitalien

von 150, 300, 400, 550, 1000 und 1500 Thaler, **so gleich zahlbar**, sind auszuleihen durch den Sekretair Kleist, große Klausstraße Nr. 896.

Eine Wirthschafterin von gesetzten Jahren, die hinsichtlich ihrer Tüchtigkeit und Sittlichkeit sich genügend auszuweisen vermag, wird zu Johannis c. auf ein Gut bei Bitterfeld gesucht. Hauptbedingung ist die Führung der Viehwirthschaft und des Molkenwesens. FrankirteAdr. mit St. A. bezeichnet befördert die Expedition des Couriers.

Gesangbücher,

Halle'sche, Magdeburger, Berliner, Halle'sche Dom- und deutsch-katholische Gesangbücher empfehle ich ord. u. ff. gebunden billigt.
J. G. Grosse.
Große Ulrichsstraße Nr. 15.

50 Stück fette Hammel (Kornmast) stehen in Merseburg auf dem Entenplan Nr. 196 zu verkaufen.

Zum sofortigen Antritt in ein Material-Geschäft wird ein junger Commis gesucht und nimmt die Expedition des Couriers frankirte Offerten zur Weiterbeförderung unter Adr. A. B. an.

Alle Sorten Kleesaamen empfehlen zu billigen Preisen
Teuscher & Bollmer,
Ober-Leipzigerstraße.

Mocca-Kaffee und Pecco-Thee empfiehlt
Wilhelm Schulze in Strau.

Auf ein Rittergut in der Nähe von Jena wird sofort ein Lehrling gesucht. Nähere Auskunft ertheilt Herr Kaufmann Roland zu Bürgel bei Jena.

In der Rannischen Straße Nr. 499 ist die Bel-Stage (mit allem Zubehör), in welcher der Herr Oberst Papendick bisher gewohnt hat, vom 1. October ab an eine stille Familie zu vermieten. Das Nähere ist zu erfragen bei der Besitzerin selbst.

Zu vermieten.

In meinem Hause, Klausstraße Nr. 894, ist Laden nebst Wohnung den 1. April zu vermieten.
Ein großer, fast neuer eichener Röhrkasten ist daselbst zu verkaufen.
Julius Haase.

Constitutioneller Club.

Sitzung Donnerstag den 29. März Abends 7 1/2 Uhr im Kühlenbrunnen: 1) Kammer-Verhandlungen in Berlin; 2) National-Versammlung in Frankfurt a. M.; 3) Gemeinde-Ordnung; 4) Gerichts-Organisation.

Die „**Neue Hallesche Zeitung**“ erscheint regelmäßig bereits am Nachmittage des vorbergehenden Tages, liefert die Verhandlungen der ersten und zweiten Kammer vier- undzwanzig Stunden nach geschlossener Sitzung im bisherigen Umfange und wird, einer hohen Verfügung zufolge, vom 1. April d. J. ab sämtliche Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Merseburg und den von derselben ressortirenden Behörden (namentlich des landrätlichen Officiums des Saalkreises) zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Der vierteljährliche Abonnements-Preis beträgt für Hiesige **funfzehn Silber-groschen**, bei Beziehung durch die Post überall nur 18³/₄ Sgr. Bestellungen werden angenommen in der Buchhandlung von **Eduard Anton** und in der Expedition der Zeitung (Bruno'swarte Nr. 511). Auswärtige ersuchen wir, die „**Neue Hallesche Zeitung**“ bei dem nächsten Königl. Postamt **möglichst bald** bestellen zu wollen.

Die Redaktion.

Beachtungswerth! Das erste Herren-Garderobe-Magazin aus Berlin

bezieht gegenwärtigen Markt mit einem Lager der neuesten und geschmackvollsten Sommer-Paletots, Twins, Tuchberröcke, Leibröcke, Westen, Schlaf-, Haus- und Pelzröcke.

Sämmtliche Waaren sind von den neuesten und besten Stoffen nach letzten Pariser und Wiener Journalen angefertigt, und sind die Preise so billig gestellt, daß jeder geehrte Käufer das Lokal befriedigt verlassen wird.

Das Verkaufslokal befindet sich

 **große Steinstraße Nr. 162** 
beim Herrn Rentier Schmidt.

Umschlagetücher und Shawls

empfehlen zum Markt eine große Auswahl in neuesten prachtvollen Mustern

Gebrüder Dombrowsky aus Leipzig.

Stand: am schwarzen Adler.

Fortbildungsschule zu Queß.

Montag den 2. April Vormittags 10 Uhr wird eine öffentliche Prüfung der Zöglinge unserer Anstalt stattfinden. Gegenstand derselben werden für beide Klassen deutsche Sprache und Rechnen, für die erste vorzugsweise Chemie, Physik, Geographie und Geschichte sein. Auch wird einigen Schülern Gelegenheit gegeben werden, ihre Gewandtheit im freien Vortrage zu bethätigen. Die Eltern und Verwandten unsrer Zöglinge, sowie diejenigen, welche künftiz Söhne unsrer Anstalt anvertrauen und sich zuvor über den Zustand derselben unterrichten wollen, werden zu dieser Prüfung eingeladen. Der neue Kursus beginnt am 16. April. Anmeldungen neuer Schüler werden wir bis dahin entgegennehmen. Hildenhagen. Dr. Ule.

Sehr große dunkelrothe und feinschalige Mess. Apfelsinen empfiehlt zu den bekannt billigsten Preisen in Dutzenden und einzeln

Große Mess. Citronen, à Dhd. 7 bis 9 Sgr., bei Volke.

Ausverkauf.

Veränderungshalber bin ich gesonnen, mein in der Leipziger Straße Nr. 396 befindliches Kleidermagazin, bestehend in den feinsten Ober- und Leibröcken, Twinen, Beinkleidern und Westen, nach den neuesten Dessains und gut gearbeitet, sowie eine Partie feine, mittlere und geringere Tuche und Buckskins, zu sehr billigen Preisen zu verkaufen.

Sollte sich Jemand finden, der bereit wäre das ganze Waarenlager zu übernehmen, so werde ich den Preis und die Bedingungen sehr annehmbar stellen.

C. G. Hartig, Schneidermeister.

Es stehen noch einige Sopha und Stühle zu verkaufen.

Lampe, große Brauhausgasse.

Union.

Freitag den 30. l. M. General-Versammlung n. S. 22. Der Vorstand.

Hochstämmig veredelte Kirsch-, Pflaumen-, Aprikosen-, Birn- und Aepfelbäume, sowie Franzobst von Birnen, Pflaumen, Aprikosen und Pfirsichen; auch noch sehr schöne hohe Rosen, Kugel-Akazien, Weinfescher und Spargelpflanzen empfiehlt zu den billigsten Preisen

C. Röber, Steinweg Nr. 1703.

Meubles-Auction.

Sonnabend den 31. d. M. Nachmittags 2 Uhr werden in dem Hause, Spiegelgasse Nr. 59, vier Sophas, mehrere Kommoden, Tische, Spiegel und Kleiderschränke gerichtlich verauctionirt werden.

Gräwen, Auct.-C.

Stadt-Theater in Halle.

Donnerstag den 29. März:

Zum Benefiz für Herrn Goldig:

Zum ersten Male:

Für Jeden Etwas,

oder:

Oper, Schauspiel, Ballet.

Potpourri mit Gesang und Tanz in drei Abtheilungen, nebst einem Zwischenspiel.

1ste Abtheilung: Der Benefiziant in Verlegenheit, oder: Es liegt tiefer.

2te Abtheilung: Peter in der Fremde, oder: Der Sohn auf Reisen (Luftspiel).

3te Abtheilung: Musikalisches Sträußchen (Oper).

Zwischenspiel:

Eisele und Weisele im Stadttheater zu Halle.

Zu dieser Vorstellung ladet ergebenst ein Louis Goldig.

Erledigt befindet sich des Central- und Genossenschaft Die h das lung wer Der C 1) die S und S 1848, thung 2) besch sind, bald rathen Berlin, vo

Refe mer von hat. Auch warten. klärt. De gen geeig zu bestimm Berathung Central-2 Abtheilung Die

nitives an zugleich, erst nach Berathung dements r vor, am Zu d eingebracht Die antragten

2) besch der S richte für d 3) das rechtr richte und zerle wels konst

4) das Abth Ausf Revu Wal Sam Die beantragt

2) besch a) d bi sä sch b) d (2 ri 37 40 2.

Kammerverhandlungen.

Erste Kammer.

Berlin, den 26. März.

Erledigt wurden einige geschäftliche Sachen. Auf der Tages-Ordnung befindet sich zunächst der vom Abgeordneten v. Ammon erstattete Bericht des Central-Ausschusses über den Antrag des Abgeordneten v. Schleinitz und Genossen vom 6. März.

Die hohe Kammer wolle beschließen:

daß die Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848 den Abtheilungen zur Vorberathung über die vorbehaltene Revision überwiesen werde.

Der Central-Ausschuß trägt darauf an:

- 1) die Kammer wolle, dem Antrage des Abgeordneten v. Schleinitz und Genossen (Nr. 10.) statt gebend, die Verfassung vom 5. Dezember 1848, sammt dem Wahlgesetze vom 6. Dezember 1848 zur Vorberathung über die vorbehaltene Revision den Abtheilungen überweisen;
- 2) beschließen, daß in jeder Abtheilung drei Berichterstatter zu wählen sind, welche sich zum Central-Ausschusse zu konstituiren haben, sobald die beiden ersten Titel der Verfassung in den Abtheilungen berathen worden sind.

Berlin, den 19. März 1849.

von Pommeresche, Riß, W. von Bismarck.
von Ammon (Berichterstatter).

Referent v. Ammon. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Kammer von Rechts wegen mit der Revision der Verfassung sich zu befassen hat. Auch ist vom Ministerium eine besondere Vorlage wohl nicht zu erwarten. Sämmtliche Abtheilungen haben sich daher für den Antrag erklärt. Dem Central-Ausschuß schien es einer umfassenderen Prüfung wegen geeigneter, hier aus jeder Abtheilung drei Mitglieder für die Berathung zu bestimmen. Der Central-Ausschuß mußte sich auch mit dem Gange der Berathung beschäftigen und hielt es für geeigneter, die Konstituierung des Central-Ausschusses schon nach Berathung der beiden ersten Titel in den Abtheilungen stattfinden zu lassen.

Die Wahlgesetze betreffend, erschien es angemessen, das als ein definitives anzusehende Wahlgesetz für die zweite Kammer mit der Verfassung zugleich, das nur provisorische Wahlgesetz für die erste Kammer dagegen erst nach Berathung der Kreis-, Provinzial- und Bezirks-Ordnung in Berathung zu ziehen. Die zu dem Ausschusse-Antrage eingebrachten Amendements werden die Herren Antragsteller motiviren, und ich behalte mir vor, am Schluß darauf zu antworten.

Zu dem Antrage des Central-Ausschusses sind folgende Amendements eingebracht:

Die hohe Kammer möge statt des in jenem Bericht unter Nr. 2. beantragten Verfahrens:

- 2) beschließen, daß die Verfassungs-Urkunde in jeder Abtheilung nach der Reihenfolge der Titel zu diskutieren, und für jeden Titel zwei Berichterstatter zu wählen seien, welche sich zu einem Central-Ausschuß für den betreffenden Titel zu konstituiren haben;
- 3) daß ausnahmsweise der Titel II. in vier Theile: von den Freiheitsrechten (Art. 3—10. und 24—31.), von dem Religions- und Unterrichtsweisen (Art. 11—23.), von dem Kriegswesen (Art. 32—37.) und von den Verhältnissen des Grundeigenthums (Art. 38—40.), zu zerlegen und für jeden Theil zwei Berichterstatter zu erwählen seien, welche sich zu einem Central-Ausschuß für den betreffenden Theil zu konstituiren haben;
- 4) daß, sobald der erste Titel und ein Theil des zweiten Titels in den Abtheilungen vollendet und darüber von den betreffenden Central-Ausschüssen Bericht erstattet worden ist, die Verhandlungen über die Revision in der Kammer eröffnet werden sollen.

Balter, Baumstark, Bergmann, Dr. Brüggenmann, Samnau, v. Bernuth, Ruprecht, Benneke, v. Jordan.

Die hohe Kammer wolle, anstatt des in jenem Berichte unter Nr. 2. beantragten Verfahrens

2) beschließen:

- a) daß in jeder Abtheilung, nach vorhergegangener Besprechung über die bei der Revision im Allgemeinen in Betracht zu ziehenden Grundsätze zwei Berichterstatter für den zu konstituierenden Central-Ausschuß erwählt werden;
- b) daß jede Abtheilung sodann noch Berichterstatter für besondere Theile der Verfassung wählt und zwar Einen für die Freiheitsrechte (Art. 3—10. und 24—31.), Einen für das Religions- und Unterrichtsweisen (Art. 11—23.), Einen für das Kriegswesen (Art. 32—37.), Einen für die Verhältnisse des Grundeigenthums (Art. 38—40.), und Einen für die übrigen Theile der Verfassung (Art. 1., 2., 41—112.);

c) daß jeder der unter b) bezeichneten Berichterstatter jedesmal, wenn der ihn betreffende Theil der Verfassung im Central-Ausschusse zur Berathung kommt, demselben beigelegt werde.

Berlin, den 24. März 1849.

Hansemann, Bergmann, Bornemann, Wachler, Goltzdammer, v. Zepper, v. Winke, v. Bockum-Dolffs, Cotrenet, v. Wittgenstein, D. Hermann, Bonnegut, Grasso, Rosenkranz, Sr. Eulenburg, Spankeren, Hoffmann-Scholz, Grein, v. Gruner, v. Brünneck, Böding, Hüfner, Flottwell, v. Paleske, v. Gordon, v. Peguilhen, v. Münchhausen, Ricker, Beer.

Nach kurzer Debatte zwischen v. Schleinitz, Hansemann, Fischer, Brüggenmann und v. Ammon wurden die Anträge des Abg. v. Schleinitz, Hansemanns und Nr. 4 des Walterischen Antrages angenommen. Ohne Debatte nahm die Kammer den von der Centralabtheilung befürworteten Antrag v. Bernuths an:

daß in jeder der fünf Abtheilungen zwei Berichterstatter für jede der beiden folgenden Gesetzes-Vorlagen der Staats-Regierung,

a) Verordnung vom 2. Januar 1849 über die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des erimirteten Gerichtsstandes, so wie über die anderweite Organisation der Gerichte;

b) Verordnung vom 3. Januar 1849 über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersuchungsfachen, ernannt werden mögen.

Auf der Tagesordnung steht ein Antrag des Abg. v. Katté: Die hohe Kammer wolle beschließen:

das Ministerium um schleunigste Vorlage von Gesetzes-Entwürfen zu ersuchen, durch welche vorhandene Ungleichheiten in der direkten Besteuerung beseitigt und vorläufig mindestens unter den Bewohnern desselben Kreises, eine nach Maßgabe der Steuerkräfte geregelte, möglichst gleichmäßige Besteuerung herbeigeführt wird.

Berlin, den 18. März 1849.

v. Katté, v. Baldow-Reizenstein, v. Gußed, v. Gordon, v. Koeller, v. Winckler, Jacobs, v. Keltich, Matthie, v. Bockum-Dolffs, Livonius, Cotrenet, v. Franzius, Koppe, Grümacher, Graf v. Hochberg, v. Brünneck, v. Münchhausen, Graf Pückler, Meyer, Schulz-Welmede, v. Brandt, Dr. Nieling, Lhm, Graf Schlieffen, v. Manreuffel, v. Paleske, Friesle.

Derselbe wird unterstützt, und es nimmt das Wort der Abgeordnete

von Katté: Die vielfachen Bevorzugungen in der Besteuerung sind ein steter Grund zum Mißtrauen unter den verschiedenen Ständen gewesen. Allerdings verheißt die Verfassung ein Einkommensteuergesetz, aber es kann dies sobald nicht eingeführt sein. Wir müssen schon vorläufige Mittel finden, um den §. 100 der Verfassung zu verwirklichen. Diese Mittel gewährt mein Antrag. Wir müssen den Grund des Mißtrauens, diesen Friedensstörer, schnell beseitigen. Ich habe nicht selbst genauere Anträge formulirt, da die Regierung von ihrem Standpunkt besser die Verhältnisse übersehen und spezielle Vorlagen machen kann.

Riß: Wenngleich unsere Verfassung es nicht als Prinzip aufgestellt hat, daß einer der beiden Kammern ausschließlich die Finanz-Vorlagen gemacht werden sollen, so ist es nichtsdestoweniger in der Natur der Sache begründet, daß alle Steuer-Bewilligungen von der zweiten Kammer ausgehen. Dies Prinzip ist es, das mich zum Widerpruche gegen den Antrag treibt. Die Regierung scheint dasselbe auch anerkannt zu haben, indem sie der zweiten Kammer bereits das Budget vorgelegt hat. Die Regierung hat sich schon seit einem Jahre mit Steuer-Reformen beschäftigt: ein der National-Versammlung vorgelegtes Gesetz über die Grundsteuer hatte bereits alle Stadien der Vorberathung durchlaufen, als dieselbe aufgelöst wurde. Ueberdies scheint mir nichts damit geholfen zu sein, wenn wir diesem Antrage gemäß nur darauf bedacht sind, eine Ausgleichung der Besteuerung in den einzelnen Kreisen zu bewirken. Ich hoffe, die Regierung wird bald Gesetz-Entwürfe über Ausgleichung der Steuern im ganzen Staat, und zwar zuerst der zweiten Kammer vorlegen.

Stahl: Den Grundsatz des vorigen Redners, daß die Steuergesetze zunächst vor die erste Kammer gehören, theile ich nicht. Bis 1848 hat allerdings in jedem Lande zunächst die zweite Kammer die Steuerverhältnisse zu berathen gehabt. In England namentlich hatte dies den Grund in der Aristokratie der dortigen ersten Kammer. Diese Kammer ist aber keine Adelskammer, keine Senatorenkammer. Wir sind eine Volkskammer, so gut, wie die zweite, und zwar dürfte gerade diese Kammer vor jener zur Berathung der Steuer-Angelegenheiten geeignet scheinen, da hier die größte Steuerkraft des Landes sitzt. (Bravo!)

Finanzminister v. Rabe: Es kann dem Staats-Ministerium nur sehr willkommen sein, diesen Antrag hier gestellt zu sehen. Gesetz-Entwürfe über Aufhebung der Klassensteuer, Einführung der Einkommen-

steuer, Ausgleichung der Grundsteuer sind im Ministerium bereits ausgearbeitet und werden wahrscheinlich bald zur Berathung kommen. Welcher der beiden Kammern die Vorlagen gemacht werden sollen, darüber wird die Entscheidung wohl einem späteren Beschluß des Ministeriums zu überlassen sein.

Riß: Wenn ich recht verstanden habe, sollen die Mitglieder der ersten Kammer die meisten Steuern zu tragen haben. (Rechts: Nein! Nein! links: Ja! Ja!) Ich muß dies dahin berichtigen, daß die Wähler der zweiten Kammer weit mehr Steuern zu zahlen haben, als die der ersten.

Der Antrag des Abgeordneten v. Katte wird darauf von der Majorität verworfen, und es gelangt zur Debatte der von v. Schleinitz gestellte:

Die hohe Kammer wolle beschließen:

dem §. 2 des Gesetzes über die Errichtung der Bürgerwehr vom 17. October 1848, welcher bestimmt:

„die Bürgerwehr soll in allen Gemeinden des Königreichs bestehen“, die nachfolgenden ergänzenden Vorschriften beizufügen:

1. Von der Gemeindevertretung kann jedoch der Beschluß gefast werden, die Errichtung der Bürgerwehr zu beanstanden.

2. Dieser Beschluß bedarf der Bestätigung des Verwaltungs-Chefs des Regierungs-Bezirks, und kann zu jeder Zeit von der Gemeindevertretung sowie von den Verwaltungs-Chefs des Regierungs-Bezirks aufgehoben werden.

3. In der Provinz Posen wird die Errichtung der Bürgerwehr vorläufig ausgesetzt, in denjenigen Gemeinden, in welchen die Errichtung der Bürgerwehr jedoch schon bei Publikation des Gesetzes vom 17. October 1848 erfolgt war, hat es dabei sein Bewenden.“

Berlin, den 14. März 1849.

v. Schleinitz. Schmückert. Sägetz. Liebach. Gustedt. Göbel.

v. Schleinitz: Das Gesetz über die Bürgerwehr ist bereits in Ausführung gesetzt, aber es haben viele Gemeinden auf Eistellung desselben angetragen. Die Bürgerwehr scheint mir in Deutschland nicht notwendig. Rechtsbewußtsein und Treue waren von je in unserm Lande zu Hause und sind nur auf kurze Zeit verdunkelt, nicht unterdrückt worden. Es wird den Gesetzen überlassen bleiben können und den Volksvertretern, das Recht und die Freiheit des Volkes zu schützen. Die Bürgerwehr scheint zum Kampfe nach Außen noch weniger nöthig, denn das Volk würde sich im Nothfall auch ohne dies zum Schutze der deutschen Gauen erheben, die Bürgerwehr ist also nur noch eine Last. Deren aber haben wir genug. Für Posen haben wir den besondern Antrag gestellt, um eine sonst unvermeidliche Aufregung daselbst zu vermeiden. Stellen Sie nicht Polen und Deutsche mit Waffen einander gegenüber! Eine Ausöhnung zwischen den beiden Nationen ist notwendig und diese werden Sie selbst wünschen.

Der Antrag wird unterstützt, darauf kommen die Amendements:

In der Position 3 des ursprünglichen Antrages die Worte von „in denjenigen Gemeinden“ bis zum Schluß fortfallen zu lassen, beantragt

v. Schleinitz,

im Einverständnis mit den übrigen Antragstellern.

Der dritten Position des v. Schleinitz'schen Antrages folgende Fassung zu geben:

In der Provinz Posen und denjenigen Theilen der Provinz Preußen, in welchen Bewohner verschiedener Nationalitäten neben einander leben, wird die Errichtung der Bürgerwehren vorläufig ausgesetzt.

v. Brünneck, Brauns.

Die hohe Kammer wolle beschließen: die nachfolgenden Vorschriften dem §. 2 jenes Gesetzes beizufügen:

1) Von der Gemeinde-Vertretung kann jedoch der Beschluß gefast werden, die Errichtung der Bürgerwehr zu beanstanden, auch die schon errichtete Bürgerwehr außer Thätigkeit zu setzen.

2) Dieser Beschluß bedarf der Bestätigung

Berlin, den 22. März 1849.

Moewes.
zur Unterstützung. Nachdem diese erfolgt ist, erhält das Wort:

Brauns: Ich wünsche den Theil des Schleinitz'schen Antrags über Posen auf alle die Landestheile ausgedehnt, wo verschiedene Nationalitäten zusammenleben. Auch in der Provinz Preußen ist durch irgendwelche Mißverständnisse das Verhältnis zwischen den beiden Nationalitäten nicht mehr so freundlich als früher. Wer die Schuld davon trägt, will ich nicht untersuchen. Die Persönlichkeiten sind indeß noch nicht gegen einander gereizt. Ich fürchte, daß eine Bewaffnung eine Aufregung der verschiedenen Nationalitäten herbeiführen würde, besonders da sie persönliches Mißtrauen erwecken könnte.

Liebach: Ich spreche für das Amendement Schleinitz. Die doppelte Aufgabe der Bürgerwehr wird vielleicht nicht in dem Maße erreicht werden, wie es bei der Verfassung derselben gewünscht wurde. Ich enthalte

mich indeß der Kritik. Viele kleine Städte wünschen die Bewaffnung nicht, weil sie die Betriebbarkeit des Friedens lieben. In Posen würde es weder gut noch zeitgemäß sein, das Bürgerwehrgesetz einzuführen. Die Nationalitäten stehen sich dort noch schroff gegenüber. Bewaffnen Sie das Mißtrauen nicht! (Der Redner spricht so laut, daß er zuweilen durch ein ironisches „lauter“ unterbrochen wird).

Zenker: Ich will nicht auf die Materie selbst eingehen, sondern nur die Vorfrage der Erwägung ins Auge fassen. Der Antrag will der Gemeinde-Vertretung die Suspension der Bürgerwehr anheimgeben. Wer ist die Gemeinde-Vertretung, namentlich auf dem Lande? Es ist gesagt worden, das Bürgerwehrgesetz habe eine neue Last für die Staatsbürger geschaffen. Ich halte dafür, daß sie gerade dazu vorhanden ist, um uns mit der Zeit von der Last des stehenden Heeres zu befreien.

Sägetz: Ich habe den Antrag gestellt, weil mir das ganze Bürgerwehrgesetz nicht gefällt und ich es möglichst unschädlich zu machen wünsche. Die allgemeine Volksbewaffnung finde ich in dem Gesetze nicht; es ist im höchsten Grade unpopulär, wenn wir den kriegerischen Sinn unseres Volkes ins Auge fassen, auf dem die Waffenehre unseres Volkes ruht. Dann müssen wir darauf sehen, daß diese erhalten werde. (Bravo.) Eine Volksbewaffnung muß eingeführt werden, aber eine auf dem Prinzip der Einheit und Vaterlandsliebe gegründete. Gegenwärtig haben Sie links eine militärisch disziplinierte Armee und rechts eine auf der Straße zusammengelaufene, die eine zum Ressort des Kriegsministers, die andere zu dem des Ministers des Innern gehörig. Um eine Einheit herzustellen, müßte man entweder den Kriegsminister zum Minister des Innern oder den letzteren zum Kriegs-Minister machen. Dem Auslande gegenüber stehen wir immer auf Einem Beine. Wenn ich den Antrag gestellt, so ist dies geschehen, nicht weil ich das Gesetz nicht achtete, sondern weil ich die Revision desselben und bis diese eingetreten ist, die Suspension für notwendig halte. Die Hummelei, wie sie in einem großen Theile der Berliner Bürgerwehr geherrscht hat, muß nicht Methode in unserm Vaterlande werden. (Bravo.) Sie demoralisirt das Volk. Das in Bezug auf Posen gestellte Amendement habe ich unterstützt — so sehr ich die nationalen Bestrebungen der Polen achte — weil gerade dort zwei Nationalitäten schroff und feindlich einander gegenüber stehen. Ich möchte unserem Vaterlande Szenen, wie wir sie in Galizien, in Oberschlesien gesehen, ersparen. (Bravo!)

Riß: Unter dem Heer, welches der König nach Artikel 44 der Verfassung führt, ist ohne Zweifel auch die Bürgerwehr begriffen. Wenn Sie dieselbe unter den Befehl der Kommune stellen, republikanisiren Sie die Gemeinden, gründen innerhalb des Staates kleine selbstständige bewaffnete Staaten und schwächen die Staatsgewalt.

Sägetz: Der geehrte Redner hat die Krone eingemischt, ich habe nur von der Verwaltung gesprochen.

Beer: Die Bürgerwehr sollte nach den Märztagen hier eine große Wirksamkeit üben, hat aber keinen Segen über unsere Stadt gebracht. Die ganze Unordnung in Berlin vom März bis zum Belagerungszustand ist auf Rechnung der Bürgerwehr zu schreiben. Auch die Bürger, namentlich den kleinen Handwerkerstand, hat sie zu unnötigen Ausgaben gezwungen und demoralisirt. Nach dem Kampfe der Märztage schien die Bürgerwehr nöthig, jetzt nach Verleibung der freisinnigsten aller Verfassungen bedürfen wir ihrer wohl nicht mehr so dringend, und können wir wenigstens ihre Suspension in die Hand der Gemeinde-Vertretung legen.

Sperling: Ich muß einräumen, daß die Bürgerwehr im vergangenen Jahr nicht den Forderungen entsprochen hat, welche man an sie stellen konnte; aber ich mache darauf aufmerksam, daß es noch nicht die Bürgerwehr war, welche das Gesetz verlangt. Es fehlte die Disziplin, die Organisation und da gewannen die schlechten Elemente leicht die Oberhand. Doch ist dies nicht überall der Fall gewesen. Ich führe nur das Beispiel von Königsberg an, wo die Bürgerwehr sehr viel dazu beigetragen hat, während dieses Sommers die Ruhe zu erhalten. Wenn das Gesetz mangelhaft ist, mögen wir es verbessern, aber ich hätte wahrlich einen andern Antrag erwartet, als den auf Suspension des ganzen Gesetzes. Die Schaffung der Bürgerwehr gehört der Märzzeit an: wollten wir auf den Antrag eingehen, so würden wir hinter jene Zeit zurückschreiten, und da möchte ich Sie an die Erfahrung erinnern, daß jeder Rückschritt sich selbst rächt! (Bravo.) Ich stimme gegen den Antrag.

Möves: Auch ich bin kein Freund der Bürgerwehr, ich unterlasse es aber, meine Gründe dafür anzuführen, denn es handelt sich hier nur um den von einem großen Theile der Nation gehegten Wunsch nach der Abschaffung des §. 2 jenes Gesetzes. Die Bürgerwehr ist das Recht der Selbsthilfe. Die Bürgerbewaffnung ist eine fremdländische Erfindung. Doch ist jene Nation, von der wir sie haben, von der unrigen sehr verschieden, sie vermag es allein durch Waffen ihre Freiheit zu schützen und fühlt sich dabei wohl. Wir brauchen das nicht, ich kann mir nicht denken, daß eine Regierung bei uns mit Waffengewalt die Freiheiten des Volkes stützen sollte, die Kammern und die Gerichte werden einen bewaffneten Schutz der Volksrechte wohl unnötig machen. Die gesetzliche Ordnung wird ebenfalls mehr geschützt durch Gesetze, als durch Bewaffnung, welche

den innern Frieden der Nation gefährdet und welche selbst in ihrer Allgemeinheit der persönlichen Freiheit zuwider ist. Wenn man gesagt hat, daß die Gemeinde nicht dürfe zur Richterin über die Existenz einer Bürgerwehr in ihrem Gebiete gemacht werden, weil dies republikanisch sei, so bemerke ich, daß die Gemeinden Vorstände haben werden und unter der Regierung stehen.

Wachler: Ich bin gegen den Antrag. Ich hatte auch die Ehre neun Monat Bürgerwehrmann zu sein; ich halte das neue Bürgerwehrgesetz für mangelhaft. Nicht bloß jene großen Freunde der Ordnung, welche in dieser Kammer sehr stark vertreten sind, finden es mangelhaft. Die andere Partei ist mit Ihnen in diesem Punkte einverstanden. (Heiterkeit). Von einer Feindlichkeit des Ministers des Innern und des Krieges besorge ich keine Resultate. (Beifall). Ich bin gegen den Antrag, weil er das Prinzip verletzt. Jetzt, nachdem der Volkswunsch der allgemeinen Bewaffnung in die Verfassung aufgenommen ist, können wir nicht dem Prinzip gegenüber einen solchen Antrag annehmen. Die Antragsteller wollen das Bürgerwehrgesetz durch eine Bestimmung ergänzen, erkennen das Uebrige damit aber an. Das ist sehr traurig für die hohe Kammer, da das Gesetz so schlecht ist. Besteht das Gesetz verbindlich für das ganze Land, dann darf der Partikularismus nicht gestattet werden, daß einzelne Gemeinden dem Gesetze sich entziehen dürfen. Für den Staat ist Ihr Antrag gefährlich. Nehmen Sie ihn nicht in Erwägung.

Kupfer: Ich spreche ganz offen aus, daß ich die Bürgerwehr nicht für nützlich halte, ich habe ja Redefreiheit. (Heiterkeit). Wir, meine Herren, sind die eigentliche Bürgerwehr für die Freiheit. (Bravo rechts.) Die Bürgerwehr, in Frankreich erfunden, hat der dortigen Freiheit nicht viel geholfen. (O ja! o ja!) Napoleon ist schnell damit fertig geworden. Die Bürgerwehr in Berlin namentlich ist sehr wenig nützlich gewesen. Ich habe gesehen und gehört, wie hier in Berlin in Klubs über die Bürgerwehr berathen wurde, wie die in den Himmel erhoben wurden, die ihre Schuldigkeit nicht thaten. Die Militärmacht ist schon groß bei uns und muß es sein, aber die dafür erforderliche Streuerkraft wird durch die Theilnahme bei der Bürgerwehr nur verringert. Ich überlasse es Ihnen, zu beurtheilen, wie viel Vortheile die Bürgerwehr dem Gewerbe gebracht hat. Ich möchte am liebsten die ganze Bürgerwehr los sein.

Der Antrag auf Schluß geht ein, wird unterstützt und angenommen. Die Rechte hatte sich fast einmüthig dafür erhoben.

Der Antrag von Scheinigt wird darauf nebst den dazu gestellten Verbesserungsvorschlägen durch große Majorität den Abtheilungen zur weiteren Erwägung überwiesen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Nächste Sitzung (Präsidentenwahl) Mittwoch 10 Uhr.

Zweite Kammer.

Berlin, den 26. März.

Die Kammer setzte die am 24. begonnene Debatte über die Adresse und zwar über den auf die deutsche Frage bezüglichen Passus fort, und verwarf alle Amendements, das von Rodbertus fiel mit 164 gegen 146 Stimmen, der Vorschlag Müllers, es solle hinzugefügt werden: „Zur Erreichung dieses schönen Zieles wird die Anerkennung der deutschen Grundrechte wesentlich beitragen“, wurde mit 166 gegen 164 abgeworfen, und der Kommissionsentwurf mit 172 gegen 149 angenommen. Eine wahrhaft deutsche und preussische Rede hielt der Abg. von Auerswald. „Ich bin“, so sprach er, „mit der Erwartung in die Diskussion eingetreten, daß bei der deutschen Frage eine größere Einigung stattfinden werde, als bei anderen Fragen. Ich habe diese Hoffnung gehegt in Betracht der allgewaltigen Wichtigkeit des Gegenstandes und in der Ueberzeugung, daß wir Alle hier auf einem und demselben Boden stehen. Es ist meiner Erwartung jedoch der Gegensatz zwischen dem Kommissionsentwurf und dem d'Esterschen Amendement entgegengetreten; denn ein Gegensatz besteht in der That zwischen diesen beiden Entwürfen. Ich halte aber den d'Esterschen Entwurf für unendlich und unklar und für unpatriotisch. Wesendont hat sich allerdings über die Undeutlichkeit ausgesprochen; er hat zwar gesagt, was in dem Entwurfe gemeint sei; aber gerade hierin liegt das Zugeständniß der Unklarheit. „Zur Erreichung des großen Zieles der innigen Vereinigung aller deutschen Volksstämme zu einer Staatseinheit werden wir jederzeit bereitwillig mitwirken.“ So sagt der d'Estersche Entwurf. Meine Herren! Legen Sie die Hand aufs Herz! Ich frage Sie: Wenn Wetterlich an der Spitze eines deutschen Staates stände und, aufgefordert, zur deutschen Einigung beizutragen, die eben angeführten Worte des d'Esterschen Entwurfs zur Antwort gäbe: würden Sie, meine Herren, nicht sagen, Das ist die Sprache der alten Diplomatie, wo immer nur von der Bereitwilligkeit die Rede. „Wir glauben jedoch, daß die erste Bedingung der Einheit Deutschlands die Sicherung der Freiheit und die Befestigung der Rechte des Volkes ist.“ Dieser Ausdruck des d'Esterschen Entwurfs zeigt von keinem Patriotismus. Entweder soll dieser Nachsatz ein bloßes „Ceterum censeo“ sein, oder aber, und ich glaube, daß dies der richtige Sinn ist, hat man ihn in folgender Weise zu überlegen: „Wir sind der Meinung, daß wir unsere Hülfe nicht eher darbieten wer-

den, als bis alle diejenigen Forderungen der Freiheit erfüllt sein werden, die wir zu stellen für gut finden.“ Sind Sie, meine Herren, der Ueberzeugung, daß ich den Sinn Ihres Entwurfs getroffen? (Vielstimmiges „Ja! ja!“ zur Linken.) Ich danke Ihnen, meine Herren, für dieses Zugeständniß, wenn ich auch Ihre Meinung nicht theilen kann. Ich halte einen solchen Ausdruck für unpatriotisch; denn Sie haben durch das allgemeine Stimmrecht ein anderes Mittel, Ihre Forderungen zur Geltung zu bringen, als jetzt auf diesem Wege. Wesendont hat aus einem Abrisse der Geschichte des vorigen Jahres, der auf eine mehr romantische Weise gehalten war, Waffen geschmiedet, um den Kommissionsentwurf anzugreifen. Einerseits sind diese Angriffe bereits zum Theil von Rednern, die vor mir gesprochen, widerlegt worden, andererseits muß ich auf diese Angriffe erwidern, daß sie jetzt nicht an der Zeit sind. Es ist jetzt nicht an der Zeit, das Sündenregister des vorigen Jahres aufzurollen; wir müssen vielmehr für unsere Sünden jetzt Buße thun, aber nicht in Saß und Asche, sondern durch die That. (Beifall.) — Man hat die Sünden der Fürsten und der Peere aufgezählt, und als ein Redner die Armee als eine „sittliche Gewalt“ bezeichnete, wollte man diesen Ausdruck desavouiren, indem man sich darauf berief: die französische Nationalversammlung habe etwas Aehnliches gethan. Die Sache verhält sich jedoch ganz anders. Als man in der französischen Nationalversammlung den Antrag gestellt hatte, den Ausspruch Bugeaud's zu desavouiren, wurde ein entgegengesetzter Antrag: darüber zur Tagesordnung überzugehen, angenommen. (Beifall.) Daran aber, daß der Baum der Freiheit noch nicht diejenigen Früchte getragen hat, die er hätte tragen können, sind nicht die Fürsten und die Peere schuld, sondern diejenigen Leute, welche das Volk mißtraulich gemacht gegen die goldenen Früchte der Freiheit. Nur diejenigen sind schuld, welche weit über den Volkswillen hinaus, ja geradezu gegen den Volkswillen, alles zerstören und niederreißen wollen, weil sie des Tages nicht eingedenk sind, daß Freiheit ohne Ordnung nicht bestehen kann. Nur diejenigen sind daran schuld, welche den Dämon der Anarchie wach gerufen. Ich komme jetzt auf die von jener Seite gemachten Vorschläge: eine innigere Vereinigung mit Oesterreich aufrecht zu erhalten. Ich stimme diesen Wünschen vollkommen bei, und es ist gewiß Niemand unter uns, der nicht Oesterreich, an Ehren und an Siegen reich, dem deutschen Vaterlande erhalten möchte. Aber wir dürfen doch nicht unleugbaren Thatsachen gegenüber die Augen schließen. Wir können doch immer nur das Mögliche wollen. Wenn wir nun einmal Oesterreich nicht zwingen können und wollen, seine deutschen und nicht-deutschen Länder nur durch eine Personalunion zu verbinden und dann mit den deutschen Ländern dem Bundesstaate beizutreten; wenn wir nun einmal ein Volkshaus haben wollen und Oesterreich nur ohne ein Volkshaus eintreten will; wie sollen wir es dann machen, daß Oesterreich nicht ausgeschlossen werde? Sollen wir uns deshalb verbieten lassen, in unserm eignen Hause zu thun, was wir wollen? Ich wünsche, daß gerade in der deutschen Frage ein Beschluß mit möglichst großer Majorität gefaßt werde, und ich werde mich daher allem anschließen, was geeignet ist, die deutsche Einheit zu befördern und möglichst viele Stimmen für sich zu gewinnen. Ich würde deshalb selbst für die ersten Worte des Rodbertus'schen Amendements stimmen, obgleich ich ihre Fassung nicht für besser als die des Kommissionsentwurfs halte. Der Redner entwickelt noch, daß er unter gewissen Bedingungen auch für das Amendement von Blömer stimmen werde. Möchte das Geschick, das in dieser Stunde waltet, dahin führen, daß wir jetzt nur das Wort ergreifen, um diejenigen zu unterstützen, welche für die deutsche Einheit die Hand bieten. Lassen Sie uns nach der preussischen Note vom 10. März, welche wir mißbilligen, die Regierung wieder kräftigen und ihr offen erklären, daß wir unsern männlichen Bestand zu jedem männlichen Entschlusse leisten wollen. Möchten wir uns alle so verhalten, daß man einst auf unsern Grabstein jene Worte setzen kann, die einst ein besserer Mund gesprochen: der, ob alle Welt auch zweifelt, nie am Vaterland verzweifelt.“ (Lebhafter Beifall.)

Nach einigen unbedeutenden Bemerkungen des Ministers des Auswärtigen über die Note vom 10. März, sprach Rodbertus gegen den Kommissionsentwurf folgendes: „Ich theile den Patriotismus, an welchen Herr v. Auerswald zuletzt appellirt hat, vollkommen, aber ich kann mich nicht entschließen, auf seinen Vorschlag einzugehen, daß mein Amendement nur dem ersten Satz des Entwurfs einverleibt werden soll, denn ich habe nicht das Vertrauen, daß der Weg, den die Regierung eingeschlagen hat, zu dem Ziele führen wird, welches das deutsche Volk verlangt. Es scheint mir unmöglich, daß der Bundesstaat, dessen wir bedürfen, auf dem Wege der Verständigung der Kabinette ins Leben gerufen werden kann. Deren Interessen sind zu sehr mit der Zersplitterung Deutschlands verwachsen, als daß sie die Mittel darbieten könnten, dieselben zu entfernen. Ueberblicken wir den Weg, den die Regierungen von der Einsetzung der Centralgewalt bis zur Note vom 10. März verfolgt haben, so werden wir finden, daß derselbe immer mehr von jenem Ziele abgeführt hat. Auch die preussische Regierung hat daher mit jedem Schritte, den sie gethan, an Anhängern verloren. Da dies vorgestern schon im Allgemeinen nachgewiesen worden ist, will ich mich an die Noten selbst halten. In der Note vom 23. Ja-

nuar, welche so ausgezeichnet abgefaßt ist, daß sie keine Eventualität ausschließt, sondern alle zuläßt, und welche in dieser Beziehung ein diplomatisches Meisterstück zu nennen ist, wird gesagt, daß man mit hoher Befriedigung ersehen, daß Oesterreich an dem deutschen Bundesstaat festhalte und an dessen Kräftigung Theil nehmen wolle. Nachher spricht sich aber Preußen dahin aus, daß, wenn dies nicht möglich sei, der Bundesstaat in die engere Verbindung gelegt werden soll. Diese Auslegung wird zwar für unrichtig erklärt und ich will mich freuen, wenn sie es ist, es bleibt aber immer dies, daß, wenn Oesterreich den Bundesstaat, der ein Einheitsstaat ist, nicht will, eine andere Form für denselben gefunden werden soll, ein Bund ohne Bundesstaat, ein Staatenbund. — Damit stimmt die österreichische Note vom 4. Februar vollkommen überein. Oesterreich erklärt darin, daß es in den Verband nicht eintreten, daß der Sagerische Plan nicht der unitarische Staat ist, den es billigt. Noch stärker sagt er darauf in der Note vom 16. Februar, daß dieser Plan nicht zum Ziele führe. Darauf kamen die Kollektionen mehrerer deutschen Staaten, und nach allen diesen Noten soll der Bundesstaat nicht die Verwendung der deutschen Heere und bedeutender Geldmittel haben. Ist aber das noch ein Bundesstaat? Dann folgt die österreichische Note vom 27. Februar, welche auf die vereinigten Ausschüsse zurückkommt, und darauf läßt sich auch die preussische Note vom 10. März ein. Zieht man nun die Summe dieser Betrachtungen, so kommt man zu folgendem Resultat: 1) der engere Staatenbund der Regierungen ist nicht der des Sagerischen Programms. In der Cirkular-Note vom 23. Januar läßt der engere Bundesstaat die Auslegung zu, daß er die Bedürfnisse Deutschlands anerkennt, aber kein politischer Körper ist, weil Oesterreich davon ausgeschlossen wird. 2) Daß eine vollständige Uebereinstimmung der österreichischen und preussischen Regierung besteht. Preußen erkennt an, was Oesterreich in Bezug auf den Bundesstaat gethan hat, und wenn der Minister des Auswärtigen auch sagt, daß die Note vom 23. Januar die hauptsächlichste Grundlage der preussischen Politik bildet, so steht die Note vom 10. März damit zu sehr in Zusammenhang, als daß sie davon getrennt und überschrieben werden könnte. 3) Die Verständigung, welche die deutschen Fürsten beabsichtigen, ist nur ein Bundesstaat, der der alte mit einem neuen Namen ist. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir auf der bundesstaatlichen Einheit bestehen und die National-Versammlung so lange stützen müssen, als sie besteht. In der Adresse ist aber hiervon nicht die Rede, sie hat nur einen einzigen fahlen Ausdruck für die National-Versammlung. Wollte der Minister des Auswärtigen unumwunden erklären, daß die Regierung unter dem Bundesstaat den des Sagerischen Programms versteht, dann wollte ich mich ihr freudig zuwenden, so lange dies aber nicht der Fall ist, kann ich mich nicht entschließen, ihr mein Amendement unterzuordnen. Ich kann jetzt nur die Ueberzeugung hegen, daß, wenn das deutsche Volk noch einmal in den Fall kommt, seine Verhältnisse zu ordnen, es dann energischer verfahren muß. Es wird aber sicherlich dahin kommen, denn die deutschen Geschicke müssen sich erfüllen.

Berlin, den 27. März.

(Schluß der Adressdebatte.) Es wurden von den Abgg. Wesendonk und Thiel Amendements zu dem Passus des Adressentwurfes, der über die dänische Frage handelt, gestellt, aber nur das System unterstützt.

Abg. v. Vincke (als Berichterstatter): Wir sind bei dem S. unseres Entwurfes davon ausgegangen, daß in demselben weder die historische Ursache des deutschen Krieges, noch die materiellen Opfer, die er nothwendigerweise mit sich führen mußte, eine Erwähnung erhalten dürfen, in einem Augenblicke, wo von Neuem dänische und deutsche Heere feindlich und gerüftet einander gegenüber stehen; wir haben geglaubt, daß eine solche Erwähnung weder passend noch politisch sei in demselben Momente, wo der Krieg von Neuem auszubrechen droht und wo sie allein dazu beitragen könnte, die Verlängerung des Waffenstillstands oder den Abschluß des Friedens zu verhindern. Ich würde daher aus der tiefen Ueberzeugung, daß dieser Augenblick zu einer Diskussion über sich vorbereitende Ereignisse nicht geeignet ist, bitten, daß über diesen S. der Adresse jede Diskussion vermieden werde.

Abg. Arng. Ich halte das preussische Volk für so intelligent, um sich lebendig an allen seinen Staatsangelegenheiten zu betheiligen. Das Interesse an diesen von uns zu berührenden wird aber in einem Augenblicke in Anspruch genommen, wo die Lage des Vaterlandes, Europa's verwickelter ist, als jemals. Aber die Schwierigkeit unserer Aufgabe kann uns nicht abhalten, unsere Pflicht zu thun. Die Tribune hat ihr Recht zwar, sie hat aber auch ihre Pflicht, und wir, ebenso gut wie die Minister vor uns, eine Verantwortlichkeit vor dem Lande. Es pflügen nur die auswärtigen Angelegenheiten das Interesse der Völker lebendig in Anspruch zu nehmen. Nur, im Augenblicke, wo alle Herzen fürmlich in Liebe für das Vaterland schlagen, da offenbart sich eine Theilnahme an der auswärtigen Politik. Jetzt ist dies nicht der Fall. Nichts desto minder müssen aber die auswärtigen Angelegenheiten ebenso gründlich als die inneren behandelt werden. Es soll hierdurch auf der einen Seite ein wahres, kenntnißreiches Bewußtsein im Volke verbreitet werden. Auf der andern muß die Regierung auch im-

mer den Puls des Landes fühlen können, um in Führung der auswärtigen Angelegenheiten auch wirklich vom Volke getragen zu werden. Der Adress-Entwurf sagt über die auswärtigen Angelegenheiten ebenfowenig, als die Thronrede. Die nichtsagende Phrase kann aber denen nicht genügen, welche wollen, daß das Parlament auch in Betreff der auswärtigen Politik die Initiative ergreife. Diesen Fehler vermeidet das Amendement Rodbertus; es sagt, welches die Aufgabe Preußens und wie von der Regierung ihre Lösung anzustreben sei. Preußen ist eine europäische Großmacht; sie ist aber zugleich eine ganz deutsche Macht, eine Macht, die fast ausschließlich aus deutschen Elementen besteht. — Der Redner giebt hierauf einen historischen Ueberblick über die Entwicklung der preussischen Macht. Er erkennt die Wiener Tractate von 1815 als die Grundlage des europäischen Völkerrechts an, und, obgleich er nicht alle Bestimmungen derselben billigt, so will er doch nicht in den Ton der Mißbilligung, der jetzt ziemlich allgemein gegen sie laut geworden, einstimmen. Diese Tractate enthalten für uns die wichtige Bestimmung, daß keine staatliche Veränderung in Europa, sofern sie uns interessirt, ohne unsere Zustimmung vorgenommen werden darf. Dagegen enthalten sie auch die Bestimmung, daß sich kein Staat in die inneren Angelegenheiten eines andern Staates mischen darf. Nichtsdestoweniger haben (ich frage das Ministerium, ob es wahr ist?) auswärtige Mächte (namentlich Rußland) Noten an uns gerichtet, in welchen gegen jede Veränderung unserer Bundesverfassung protestirt wird. Hiergegen müssen wir protestiren und wie die amerikanische Union antworten: Keine Macht der Erde hat das Recht, uns in Betreff unserer eigenen Angelegenheiten Vorschriften zu machen! — War denn aber die preussische Politik der Art, daß sie den auswärtigen Mächten die gebührende Achtung einflößen konnte? Nein. Nicht das Princip des Absolutismus war ihr Fehler (auch absolute Staaten können ihre staatliche Ehre wahren, wie demokratische sie verweigern), sondern das seit der heiligen Alliance angenommene Princip des Unterordners unter die Nachbarn, namentlich Rußland. Die Alliance hat seit 30 Jahren die besten Interessen Preußens geopfert, wie z. B. die Märkte in Spanien, Portugal und Amerika, die vortheilhaften commerciellen Verbindungen mit Frankreich und den Niederlanden. Namentlich ist in Betreff der letzteren ein langes Sündenregister aufzuführen; denn wir haben die mehrfach gebotene Gelegenheit, das uns so vortheilhafte rechte Maafsur zu gewinnen und eine Verbindung zwischen Maafsur und Rhein herzustellen, auf unverantwortliche Weise vorübergehen lassen. Die Alliance hat uns nur Schaden gebracht. Zu einem der erheblichsten, den sie uns zugefügt, gehört die Einverleibung des Königreichs Polen und die Abtretung Krakaus an Oesterreich. Die letztere ist zugleich eine Verletzung des bisher allgemein anerkannten völkerrechtlichen Bodens. Frankreich hat bisher stets auf die Wiener Tractate geschworen, sie aber niemals verletzt. Wir aber verletzen das Völkerrecht und — zu unserm Nachtheil. — Ein anderer Punkt — ist die Besetzung der Donaufürstenthümer durch die Russen. Die Intention der Russen, das schwarze Meer zu einem russischen Landsee zu machen, ist unverkennbar; sie besetzen einen Hafen nach dem andern und werden nächstens jedem fremden Schiffe den Eintritt versagen. Rußlands Politik in den Donaufürstenthümern geht offenbar auf die gänzliche Zerstörung unseres dortigen Handels hin. Im Interesse unseres Handels, im Interesse aller unserer arbeitenden Klassen hätten wir dieser Politik energisch entgegengetreten und uns dort Märkte gründen müssen, welche unsern Handel und unsere Production bedeutend haben könnten. — Und warum thun wir es nicht? der enge Bund mit Rußland und Oesterreich ist ja doch zerfallen. „Auf den König von Preußen“, schrieb ein russischer Diplomat mit einem andern in einer Correspondenz, von der ich im Augenblicke nicht weiß, wo ich sie gelesen habe, „können wir nicht mehr bauen, er hat durch die Organisation seines Heeres das Schwert aus den Händen gegeben und es in die Hände des Volkes gelegt.“ Es geht aus den angeführten Thatsachen hervor, daß wir keine National-Politik verfolgt haben. Wir müssen unser Interesse überall wahren, und nichts, das uns interessirt, darf in Europa geschehen, ohne daß wir ein Wort mitsprechen. Wir aber lassen die großen Ereignisse ruhig ihren Gang gehen, statt uns ihrer zu bemächtigen. Seit der Februar-Revolution haben wir nicht einmal einen Gesandten in Frankreich, während doch die französische Republik ihren Vertreter in Berlin hat. — Wir dürfen nicht verkennen, daß die Hauptgefahren aus dem Norden drohen, und zwar vornehmlich durch die gewaltige Idee der Bildung eines panslawistischen Reiches. Andererseits ist in Frankreich die Forderung nach dem linken Rheinufer ganz volksthümlich geworden. Diesen Gefahren entgegen wir durch ein enges Anschließen an Rußland nicht; ich erinnere Sie in dieser Beziehung an jenen Vertrag Rußlands mit dem Ministerium Martignac, in welchem es an Frankreich das linke Rheinufer abtrat. Nachdem der Redner das Schutzoll- und Freihandels-System berührt hat, kommt er auf den Sundzoll, dessen Aufhebung er als eine Nationalfache betrachtet wissen will. Er zeigt, daß England und Rußland gegen die Abschaffung des Sundzolles sind, und das Preußen das allergrößte Interesse hat, diesen Widerstand zu überwinden. Ich hoffe, ruft er aus, daß wir noch im Laufe der Sitzung ein diesen Gegenstand betreffendes Besetz einbringen werden. — Endlich kommt der Redner auf die dänische Frage und tadelt die Art der Verhandlungen, welche es möglich

machen konnte, daß an demselben Tage, an welchem hier der König Friedenshoffnungen aussprach, dort der Waffenstillstand gekündigt wurde. Er weiß ferner darauf hin, daß es nöthig sein werde zu konstatiren, in wie weit die Verantwortlichkeit unsres Ministerii in Betreff der Verteidigung unsrer Küsten in Anspruch genommen werden müsse. — Nachdem der verehrte und sehr gründliche Redner endlich noch eine Anzahl auswärtiger diplomatischer Noten mitgetheilt hat, in welchen gegen die „Eroberungssucht“ Deutschlands, die es in der dänischen Angelegenheit an den Tag lege, protestirt wird, erklärt er nochmals, daß er die Fassung des Entwurfs für zu unbestimmt, dagegen das Amendement Rodbertus in jeder Beziehung für empfehlenswerth halte.

Minister des Auswärtigen v. Arnim: Ich will dem verehrten Redner auf die entfernten Gebiete, auf welche er uns geführt hat, nicht folgen, sondern nur auf einige von ihm berührte Punkte näher eingehen. Der verehrte Redner hat erwähnt, daß Rußland eine Note an die Preussische Regierung gerichtet habe, in welcher es auf Grund der Verträge von 1815 gegen jede Veränderung der Bundesverfassung protestire. Ich muß hierauf erklären, daß mir weder direkt noch indirekt irgend eine Note dieser Art zugegangen ist. Zwar ist in den Zeitungen viel davon die Rede gewesen; ich habe aber guten Grund zu glauben, daß das ganze Gerücht von dieser Note auf einer leeren Erfindung beruht. Der Redner hat ferner gesagt, daß in der dänischen Angelegenheit seit dem 26. November von Seiten der preussischen Regierung nichts geschehen sei. Ich muß diese Behauptung als eine irrige zurückweisen. Es ist sehr Vieles geschehen. Es ist die Basis für die künftigen Friedensverhandlungen festgestellt worden, und daß schon durch einen Schriftenwechsel viel Zeit verloren geht, ist natürlich. Selbst jetzt, da der Waffenstillstand gekündigt ist, bleibt uns noch die gegründete Hoffnung, eine befriedigende Verständigung demnächst eintreten zu sehen. Ich muß überdies bemerken, daß Preußen in dieser Verhandlung keinesweges als prinzipiale Partei auftritt, daß diese Stellung vielmehr von der deutschen Centralgewalt eingenommen wird.

Die Versammlung, die offenbar durch den zweifündigen Vortrag des Abg. Arnig, der sehr viel Sachen, aber sehr wenig zur eigentlichen Sache enthielt, abgesehen ist, seht sich nach Schluß. 27 Mitglieder tragen darauf an; Unwille auf Seiten der Linken. Der Schluß wird unterstützt. Bei der Abstimmung über denselben ist das Bureau zweifelhaft. Man zählt. Es haben 165 für, 160 gegen gestimmt. Festgehaltener Unwille der Linken, der eine politische Unterlage hat. Es wird namentliche Abstimmung verlangt. Beim Aufrufe stimmen die Minister v. Mantuffel und v. d. Heydt gegen den Schluß. Heiterkeit erregt der Ausruf des Schriftführers bei dem Namen des Abg. Eckart aus Sagan, welches er Eckart Sag—an spricht. Es haben 172 für, 159 gegen den Schluß der Debatte gestimmt; derselbe ist somit herbeigeführt, und es hat nur noch das Wort

Berichterstatter v. Binde. Die Versammlung ist gewiß mit Spannung (Heiterkeit) dem gehaltvollen Vortrage des einzigen Redners, dem wir heute gehört haben, gefolgt. Er zerfällt in zwei Theile. Der erste entwickelte den historischen Verlauf politischer Begebenheiten in diesem Jahrhundert, der zweite bildete eine Kritik über die weitere Politik der preussischen Ministerien. Nun kann man zwar in sehr vielen Punkten mit dem von dem Redner in dem ersten Theile Gesagten übereinstimmen, ohne daß man behaupten könnte, daß es zur Sache gehört. Sollte der Redner etwa einen Spiegel dem Ministerium vorhalten, ihm zeigen wollen, wie es nicht handeln solle, so gehört das auch nicht zur Sache. Der Redner hat sich zur Entschuldigung auf England bezogen, aber die Engländer sind für diese Art von Sittenspiegel einmal zu praktisch und das andere Mal zu stolz. Zu praktisch, weil sie sich nicht bei wichtigen Fragen mit ganz außerhalb der Sache liegenden Dingen beschäftigen, zu stolz, weil sie es unter ihrer und des Landes Würde halten, ein langes nationales Sündenregister aufzuzählen (Bravo. Ruf auf der Linken „zur Sache“; Lärm.) Ich bin auf das Vollständigste bei der Sache und werde mich durch Ihr Geschrei auf keine Weise von der Sache abbringen lassen (Lachen), also sie sind zu stolz, nicht bloß ein solches Sündenregister aufzustellen, sondern auch, wenn ein Redner sich schon dazu verleiten ließ, dasselbe mit Bravo zu begleiten (Bravo von der Rechten). Aber sogar der zweite Punkt gehört nicht mit Gewißheit hierher. Um die Politik des

Ministeriums geeignet zu kritisiren, hätte es bestimmt hervorgehobener Punkte bedurft, die dieser Kritik zu Grunde lagen, die die Vorwürfe über vielfach begangene Fehler motivirt hätten; der Redner hat aber keine angeführt. Allerdings bei der deutschen Frage, wo die Schritte des Ministeriums zu vielfacher falscher Auslegung Gelegenheit gegeben, haben wir es für unsere Pflicht gehalten, unsere Rüge über seine Haltung auszusprechen. Bei dem Verhalten in der ausländischen Politik kann etwas Ähnliches nicht gesagt werden. Der Redner hat von unserer Politik in Italien als einer fehlerhaften gesprochen, ohne jedoch etwas Näheres anzugeben. Welche Politik wünscht er denn eigentlich für uns in Betreff Italiens? Ich verkenne nicht, welche große Wichtigkeit Italien für Deutschland überhaupt besitzt; ich weiß es wohl, daß es durchaus wünschenswerth ist, daß das Venetianische Gebiet bis zur Linie des Mincio in den Händen der Oesterreicher bleibe, aber ob der Redner diesen Wunsch hegt, das weiß ich nicht; wenigstens habe ich es nicht gehört. (Heiterkeit.) Was er von unserm Verhältnisse zu Frankreich sagt, wo er Klage führt, daß wir bloß einen Geschäftsträger in Paris haben, so bin ich darüber sehr verwundert; es gehört eine solche Klage vielmehr dem ancien régime als dem neuen Bewußtsein an. Ist es nicht ganz gleichgültig, wenn sonst die Tüchtigkeit des Geistes dieselbe ist, ob ein Geschäftsträger oder ein Bevollmächtigter die Preussischen Angelegenheiten vertritt. Ferner hat er von dem unselbständigen Verhältnisse Preußens zu Rußland gesprochen; was die Existenz einer Note betrifft, so hat das der Herr Minister des Auswärtigen schon widerlegt; das jetzige Ministerium kann aber ein solcher Vorwurf nicht treffen; es hat im Vergleich zu seinen Vorgängern die Verbindung mit Rußland fast ganz fallen gelassen und ich möchte es vielmehr darüber befragen, aus welchen Gründen sich denn so eine ungeheure Truppenmacht, es sollen 200,000 Mann sein, sich an unsern Ostgrenzen versammelt? (Ironisches Lachen auf der Linken). Der Redner ist weiter auf den Schußzoll und den Freihandel eingegangen; ich glaube aber, daß dazu wenigstens der doppelte Umfang der Rede des Abg. Arnig (Heiterkeit) gehört, um darüber zu erwidern. Was der Redner ferner über den Sundzoll sagte, so ist er ganz im Recht, ich gebe es zu; aber wie sollen wir um aller Welt willen dazu kommen Dänemark zu unserm Willen zu zwingen. Dies ist mir unbekannt. Es sind Verhandlungen über denselben hinreichend und schon in früheren Jahren angestellt worden; wir sind damit nicht weiter gekommen; es bleibt uns also nichts weiter übrig, als Krieg zu führen; nun haben wir schon Krieg geführt, ein neuer steht schon wieder vor der Thür, es wird daher nöthig und richtig sein, daß wir erst im Frieden die Verhandlungen darüber wieder beginnen. Was nun die 400,000 Reichsthaler betrifft, von denen der Redner sagt, daß sie uns den Sundzoll ersparen würden, so scheint mir dabei, ohne ein Weiteres darüber bemerken zu wollen, ein nicht unerheblicher Rechnungsfehler vorzuherrschen. Denn es würde diese Summe, die der Redner ein kleines Opfer nennt, offenbar eine viel größere werden, sobald auch der Sund selbst von einer viel größeren Zahl von Schiffen, wie dies natürlich ist, befahren werden wird. Endlich ist der Redner auf das Verhältnisse zu Dänemark selbst gekommen und sich dabei über Mangel an Eifer von unserer Seite beklagt. Das Ministerium hat über die gepflogenen Unterhandlungen das Nöthige bemerkt. Wenn er aber in unserm Adress-Entwurf eine kriegsdrohende Erklärung gegen Europa gefunden hat, so können wir das nicht finden, namentlich, nachdem die Thronrede von freundschaftlichen Beziehungen zu den europäischen Großmächten gesprochen hat. Soll aber darin eine kriegsdrohende Erklärung gegen Dänemark gelesen werden, so acceptire ich das; so sehr ich den Frieden wünsche, kann ich doch dem Amendement des Herrn Rodbertus und Genossen in der Art, wie sie von materiellen Opfern des Krieges u. s. w. sprechen, unmöglich einen Beifall geben; eine solche Sprache würde nur Dänemark zum Kriege bestärken; eine würdige, drohende Sprache gebührt sich für Preußen und si vis pacem, para bellum war der Grundsatz, von dem wir uns haben bei der Abfassung dieses Adresssages leiten lassen.

Das Amendement Rodbertus wurde mit 182 gegen 150, und alle übrigen Anträge verworfen und der Entwurf der Kommission genehmigt bis zu Ende.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die den brauberechtigten Hausbesitzern der Altstadt Eisleben zugehörigen beiden Brauhäuser

- A. Nr. 61/266 in der Buchergasse, abgeschätzt auf 3373 *Rp* 2 *gr* 6 *l*,
B. Nr. 970 im Hasenwinkel, abgeschätzt auf 3623 *Rp* 17 *gr* 6 *l*,

sollen

den 18. October d. J. Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle meistbietend verkauft werden.

Tare und neuester Hypothenschein liegen in der Registratur zur Einsicht bereit.

Die unbekanntenen Realprätendenten werden zu obigem Termine bei Vermeidung der Präclusion mit vorgeladen.

Eisleben, den 17. März 1849.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Der Richter

Elevoigt, *Dr.* Gerichts-Assessor.

Landguts-Verkauf.

Ein ganz neu, massiv und schön gebautes Gut steht besonderer Verhältnisse (Landwehrpflichtigkeit) wegen sehr billig, Forderung 7000 *Rp*, zu verkaufen, und kann mit 2000 *Rp* Zahlung sofort übernommen werden.

Hierzu gehören 120 Scheffel Feld in 3 Plänen, guter Boden, 21 Morgen Wiesen und 15 Morgen Holzungen, 3 Gärten am Hofe, complettes Inventar u. Möblements, wobei auch 3 Pferde, 6 Kühe, 2 Zuchtsauen, alle Gattungen Feder- und Vieh, 1 Stuhlwagen, Schlitten, 2 Ackerwagen u. übergeben werden, nebst allen Borräthen.

Nähere Auskunft ertheilt der Commissionair Gähler in Schkeuditz.

Ein vortheilhafter Gutskauf.

Ein in der Nähe Leipzigs, an einem Anhaltepunkte der Eisenbahn, angenehm liegendes Gut steht Familienverhältnisse wegen sehr preiswürdig zu verkaufen.

Das Gut hat 108 $\frac{1}{2}$ Morgen sehr gutes Feld in 2 Plänen und 2 $\frac{1}{2}$ Morgen gute Wiesen, Obstgarten am Hause, an Vieh werden 4 Pferde, 17 St. Milchkuhe, 100 St. Schaaf, Schweinezucht u. übergeben.

Forderung 16,000 *Rp* mit 5 bis 6000 *Rp* Anzahlung.

Beide Grundstücke kann ich als ganz reelle und billige Käufe ausdrücklich empfehlen.

Nähere Auskunft ertheilt der Dekonom und Commissionair Gähler in Schkeuditz.

Sommerfaat und Dötter zum Ausläden bei Chr. Fritsch, Domplatz Nr. 923.

Hauptversammlung

den 29. April d. J. von Morgens 9 Uhr ab in der Restauration zu Gnadau, wozu dringend und freundlichst alle treuen Kameraden — Förster und versorgungsberechtigte Jäger — das unterzeichnete Comité einladet.

Gemeinschaftlich weitere Schritte zu beschließen in Erwägung der ministeriellen Resolution auf die Halle'sche Eingabe vom 21. Mai v. J. ist Zweck.

Unsere in schiefe Lage gerückte Emancipation fordert das Entgegenkommen unserer vereinten Kräfte. Nichts ohne sie!

Kameraden!

Rechtlich gestrebt — nicht lauernd gefeiert!

Nur immer vorwärts!

Dies die redlich gemeinte Ansprache Ihres Comité's mit der bittenden Mahnung, keiner fremden Eingebung kriechend zu dienen, die unsere Kräfte zersplittern möchte.

Das Comité.

Verkaufs-Anzeige.

Eine Kohlenschacht mit sehr schöner Kohle, in Verbindung mit einer Ziegelei und Kalkofen, ist zu verkaufen. Hierauf Reflektirende werden gebeten, ihre Adressen mit R. Z. franco in der Expedition des Couriers niederzulegen.

H. W. Schmidt in Halle, **Nannische Straße Nr. 497**, empfiehlt zu nebensiehenden außerordentlich billigen Preisen:

Bilder-Conversations-Lexicon.

4 Bände mit 1238 Abbildungen und 45 Landkarten. Leipzig 1837—41. 4. sonst 13 *Rp* 8 *gr*, für 3 *Rp*.

Conversations-Lexicon der Gegenwart. 4 Bände in 5 Theilen. Leipzig 1838—41. 8., sonst 12 *Rp*, für 3 *Rp*.

Ein leichter Kutschwagen, ein- und zweispännig, steht zum Verkauf bei Desmann, Expeditions-Geschäft zur goldnen Kugel.

Leipziger Bücher-Auction den 16. April.

Der Catalog der Bibliotheken Röhr's, Kiepling's und anderer bedeutender Büchersammlungen ist ferner durch alle Buch- und Antiquarhandlungen, so wie von mir zu beziehen. Reichhaltig in allen Fächern der Wissenschaften zeichnet sich dieser interessante Catalog ganz besonders in den Disziplinen der **Theologie, Philologie und Geschichte** mit allen ihren Hülfswissenschaften aus. Zur prompten Beforgung von Aufträgen für die Auction empfehle ich mich bestens.

S. Sartung in Leipzig,
Univerfit.-Proclamator.

Die Bäckerei in Rütten ist zum 1. April d. J. anderweit zu verpachten.
Pfeffer.

Mastochsen-Auction

von 11 bis 15 Stück, Voigtländer, sehr fett, am 1. April 2 Uhr auf dem Rittergute Lösnig, $\frac{3}{4}$ Stunden von Leipzig.

Mein Lager von **Rum und Arac** empfehle ich bestens und billigt.

Extrafeinen alten Jamaica-Rum, à 20 *gr* bis 1 $\frac{1}{3}$ *Rp*;

Feinen Westindischen Rum, à 15 *gr*;

Savanna- u. Surinam-Zucker-Rum, à 15 *gr*, (die Weinflasche 11 $\frac{1}{2}$ *gr*);

Schöne, starke, rein und wohlschmeckende Rum-Sorten zu außerordentlich niedrigen Preisen à 7 $\frac{1}{2}$ bis 12 $\frac{1}{2}$ *gr*;

Arac de Goa in großen und in kleinen Flaschen;

Arac de Batavia, die Weinflasche von 15 *gr* an.

W. Fürstenberg.

Sofort auszuleihen sind 15,000, 10,000, 8000, 7000, 5000, 4000, 3000, 2000, 1000, 550 und 450 *Rp* durch **A. Linn** in Halle, **Lücke Nr. 1386**.

Pachtungen mit 500, 800 bis 1500 Morgen werden gesucht durch **A. Linn** in Halle, **Lücke Nr. 1386**.

Ritter- und Landgüter zu 150,000 bis 6000 *Rp* sind zu verkaufen durch **A. Linn** in Halle, **Lücke Nr. 1386**.

11,000, 5000, 1500, 1100, 800, 400 *Rp* sind auszuleihen durch den Actuar **Danker**, Schmeerstr. Nr. 480.

Anzeige.

Es werden Gardinen aufgesteckt durch **Frau Lange**, wohnhaft Moritzkirchhof Nr. 608.

Ein Bajonetgewehr, Spitzkugelbüchse und ein leichter Kavallerie-Säbel sind zu verkaufen bei **Gelhaar**, Leipzigerstr. im goldenen Löwen.

Der größte Nutzen für Herren!!

Meine Herren, wollen Sie sich mit wirklich reellen und modernen Kleidungsstücken versehen, so bemühen Sie sich nach dem unterzeichneten Lokale, wo Ihnen die Gelegenheit geboten wird, die nobelsten und elegantesten Gegenstände für einen so enorm billigen Preis einzukaufen, daß bei den meisten Gegenständen kaum das Oberzeug bezahlt ist. Das Lager enthält eine große Auswahl **der feinsten Tuchröcke, Tuch- und Buckskin-Hosen** in den nobelsten Dessains, **die elegantesten Westen, Schlaf-, Haus- und Reise-Röcke**, doppelt wattirt in den verschiedensten Stoffen, **Twins** zum Ueberziehen und ohne Rock zu tragen, das Neueste in dieser Saison, **Sommer-Röcke und Hosen** der verschiedensten Art.

Man verwechsle diese Anzeige nicht mit den gewöhnlichen Marktschreiereien, da das Lager beständig am hiesigen Plage bleibt und nur gediegene Sachen liefert, daher sich auch aller Preisnotirung enthalten wird. Man überzeuge sich durch den Augenschein von der Wahrheit dieser Anzeige im

Berliner Herren-Kleider-Magazin, Kleinschmieden, der Engel-Apotheke gegenüber.

Bei C. U. Schwetschke und Sohn in Halle sind in Commission erschienen und in allen soliden Buchhandlungen zu haben:

Ein Cyclus von Vertheidigungsschriften in politischen Untersuchungen der Neuzeit. Als Beitrag zur Revision der Strafgesetzgebung herausgegeben von

C. Haushalter, Justiz-Commissar zu Wernigerode.

64 Seiten brochirt 8 Sgr.

Die politischen Untersuchungen der Gegenwart haben überall ein reges Interesse hervorgerufen: eine natürliche Folge davon, daß seit Frühjahr v. J. die Politik ein Gemeingut der Nation geworden. Außer diesem allgemeinen Interesse gewähren diese Untersuchungen aber auch ein besonderes, rein wissenschaftliches. Das Landrecht ist aus der Wiege einer absoluten Herrschaft hervorgegangen; ihm sind daher Rechtsverhältnisse, wie sie volksthümliche Constitutionen in ihrem Gefolge haben, eben so wenig bekannt als das Vereinigungs- und Versammlungsrecht, und die freie Presse. So blieb es der Gesetzgebung der Gegenwart überlassen, das kriminale Unrecht bei diesen Instituten zu individualisiren; es war dies um so nothwendiger, als das Strafrecht nur Handlungen und Unterlassungen, welche bei Strafe verboten sind, als Verbrechen gelten läßt. Gleichwohl hat die Gesetzgebung diesen freisinnigen Instituten gegenüber einen passiven Standpunkt eingenommen. Da nun formell das Landrecht nicht aufgehoben worden, der Rechtszustand aber seit Frühjahr v. J. materiell ein anderer sein mußte, so fällt der Wissenschaft die Vermittelung anheim. Diesen wissenschaftlichen Weg anzubahnen, hat der Verfasser in obiger Schrift versucht; er hat dazu die in der Grafschaft Wernigerode zur Untersuchung gediehenen sechs Fälle, so wie die Untersuchung wider den Kaufmann Rawald, Lehrer Weißgerber und Buchdruckereifactor Edner zu Halle a. d. S. benützt.

Wirthschaften, Conditoren, Handlungen

empfehlen wir bei herannahendem Frühjahr die neue Art Essig aus Spiritus oder Wein, Bier, Syrup ohne allen Zusatz u., ohne Essigbilder, ohne Späne, ohne Aufgießen und Arbeit in gewöhnlichen Fässern zu machen, wobei er wohlfeiler zu stehen kommt, als bei jeder andern Art und kein Umschlagen möglich ist. Die Vorschrift ist gegen Einsendung von 8 Preuß. Thaler zu haben bei

C. Leuchs & Comp. in Nürnberg.

Die Porzellan- und Steinguthandlung von A. L. Wiebecke in der Brüderstraße

empfehlen wir gut sortirtes Lager vergoldeter, bemalter und decorirter Gegenstände, als auch weißes Tafel-, Kaffee- und Theegeßhirr von echtem Porzellan und billige Steingutwaaren.

Rittergüter sind im R.-B. Merseburg 3, à 600 Morgen, zu verkaufen durch Kuckenburg in Halle, Nr. 285.

Die mittlere Etage meines Hauses 1781 b Taubengasse, mit oder ohne Pferd stall, ist sofort zu vermieten.

Gesuch.

Ein junger unverheiratheter Dekonom, früher bereits Verwalter auf einem großen Rittergute, wünscht, nach Ablauf seiner militairischen Dienstzeit, von Ostern an wieder berufsmäßig angestellt zu werden. Reflektirende wollen gütigst ihre Adressen mit R. W. bezeichnen franco in die Expedition des Couriers niederlegen.

Es ist ein Hund mit gelben messingdrahtnem Halsband (Fuchs-Rasse) verloren gegangen, auf den Namen Greif hörend. Wer denselben im Gasthof zum goldenen Pflug in Halle oder in Lößebün beim Viehhändler Weber abgibt, erhält eine angemessene Belohnung.

Capitale von 350, 550, 1500, 2500 bis 12,000 R^r hat auf ländliche sichere Hypothek auszuleihen im Auftrag J. G. Fiedler in Halle, Kl. Steinstraße.

Ein Gärtner, ein Kutscher und ein Hausknecht finden Unterkommen durch J. G. Fiedler, Kl. Steinstraße Nr. 209.

Ein Handlungs- und ein Dekonomie-Lehrling wird gesucht durch J. G. Fiedler in Halle.

Maraschino sopra fino, Extrait d'Absinth, echte Schweizer-Waare,
Cognac, echten Französischen Branntwein,
Bischof- und **Cardinal-Essenz** von frischen Südfrüchten gezogen,
Banille; **Sirup Capillaire**, Brustthee- und Malz-Bonbons bei
W. Fürstenberg.

Nächste Woche Dienstag und Freitag Broihan bei Hermann Rauchs.



Bei herannahender Sommerfaison empfehle ich mein Lager der modernsten und feinsten Sonnenschirme aller Arten, so wie eine reiche Auswahl Sonnenschirmstoffe zum Ueberziehen derselben, das Geschmackvollste in seidenen und baumwollenen Regenschirmen zu billigsten Preisen.

Friedr. Ant. Spiess,
am Waisenhanse.

Moderne Spazierstöcke und Degenstöcke, eine große Auswahl langer Hanspfeifen, kurzer Pfeifen in den neuesten Façons, Cigarren-Pfeifen und Spizen sehr verschiedener Art, empfiehlt billigst

Friedr. Ant. Spiess,
am Waisenhanse.

Schöne fehlerfreie Pockholzkegelkugeln, Pockholzbillardkugeln empfiehlt zu diesjährigem billigem Preise

Friedr. Ant. Spiess,
am Waisenhanse.

Eine große Auswahl der neuesten und geschmackvollsten Frühjahrschüte empfehle ich zu den billigsten Preisen.

Meyer Michaelis,
großer Schlamm Nr. 958.

In der Strohhut-Fabrik von Meyer Michaelis, großer Schlamm Nr. 958, werden fortwährend alle Arten Strohhüte zum Waschen, Bleichen und Umnähen nach den neuesten vorliegenden Façons angenommen und den neuen gleichend baldigst wieder abgeliefert.

Zum bevorstehenden Markt empfiehlt die Strohhut-Fabrik von Henriette Cohn, Markt Nr. 739, ihr großes Lager aller nur möglichen Gattungen von Strohhüten, welche die diesjährige Saison darbietet, und ist auch ihr Lager mit Seiden-Hüten diesjähriger Façon auf das Beste sortirt.

Strohhüte werden fortwährend gewaschen, gebleicht und nach neuester Façon umgearbeitet in der Strohhut-Fabrik und Bleiche von Henriette Cohn, Markt Nr. 739.